EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe Februar 2018

Bald 11-Millionen-Schweiz? 3

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern.

Rolle der Gewerkschaften? 5

Die Personenfreizügigkeit hat eine höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.

EU-Diktat? 7

Wenn es so weitergeht, können wir unser Stimmrecht schon bald nach Brüssel abgeben.

Zuwanderung begrenzen

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind netto fast eine Million Menschen in unser Land eingewandert. So wird die 10-Millionen-Schweiz bald Realität, mit dramatischen Folgen für unsere Gesellschaft und unser Land. Grund dafür ist ein weltfremder Vertrag mit der EU hinsichtlich der Personenfreizügigkeit, welcher über 500 Millionen EU-Bürgern ein Recht auf Einwanderung in unser Land gibt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen dies jetzt korrigieren, bevor es zu spät ist und unser Wohlstand leidet.

Mit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 ist die Einwanderung in die Schweiz komplett aus dem Ruder gelaufen. Sie entwickelt sich schon lange nicht mehr im Interesse der bereits hier lebenden Schweizer und Ausländer.

Kein Rechtsanspruch auf Einwanderung

Mit der Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung will die SVP die Zuwanderung deshalb wieder auf ein vernünftiges Mass begrenzen. Zudem soll es in Zukunft nicht mehr erlaubt sein, anderen Ländern eine Personenfreizügigkeit und damit deren Bevölkerung einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz zu gewähren. Dafür muss der entsprechende Vertrag mit der EU neu verhandelt und im Notfall gekündigt werden.

Wohlstandsverlust droht

Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden wir unser Land bald nicht mehr wiedererkennen und unseren über Generationen erarbeiteten Wohlstand verlieren. Selbstverständlich sollen unsere Unternehmen aber auch in Zukunft die notwendigen Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren können, wenn sie diese denn wirklich brauchen und sich niemand im Inland finden lässt. Doch muss es wieder ein souveräner Entscheid der Schweiz sein, wie viel und welche Einwanderung sie zulässt. Dies ist eine Selbstverständlichkeit für eine unabhängige Nation und auch der Grund, weshalb die Briten entschieden haben, die EU zu verlassen.

Unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg

Nur so können wir in Zukunft sicherstellen, dass unsere Bevölkerung sowie jeder einzelne Bürger von einer massvollen Einwanderung auch effektiv wirtschaftlich profitieren und nicht derselbe Kuchen einfach unter immer mehr Personen aufgeteilt wird. Mit der Begrenzungsinitiative gibt es einen klaren Auftrag an den Bundesrat und eine deutliche Botschaft an die EU: Die schädliche und unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg.

Kommentar

Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Es ist Zeit, die Zuwanderung in unser Land endlich wieder selber zu steuern und auf ein vernünftiges Mass zu begrenzen. Der Vertrag mit der EU über die Personenfreizügigkeit gewährt weit über 500 Millionen EU-Bürgern einen Rechtsanspruch auf Einwanderung und Niederlassung.

Es gibt ausser der Schweiz kein unabhängiges Land auf der Welt, welches ein solches Abkommen mit fast einem ganzen Kontinent unterschrieben hat. Nach über zehn Jahren Massenzuwanderung ohne Wohlstandsgewinn für den Einzelnen sind wir heute an einem Punkt angelangt, an dem das Volk abschliessend entscheiden muss: Können wir diese enorme Einwanderung auch in Zukunft verkraften und bezahlen, oder müssen wir nicht vielmehr eine moderne, unseren Bedürfnissen angepasste Zuwanderungspolitik einführen?

Fortsetzung auf Seite 2

Mit Spezialausgabe Kanton Uri

Seite 12 -15

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

Erfolgreiche Nationen wie Kanada, Australien, Neuseeland, die USA oder seit dem Austritt aus der EU nun auch Grossbritannien kontrollieren und begrenzen ihre Zuwanderung eigenständig, und es käme ihnen nie in den Sinn, diese Kompetenz abzugeben.

Mit unserer Begrenzungs-Initiative wollen wir dem Bundesrat deshalb den Auftrag erteilen, die Personenfreizügigkeit mit der EU neu zu verhandeln und sicherzustellen, dass diese nie mehr vertraglich eingeführt werden kann. Damit der Bundesrat in seinen Verhandlungen der EU gegenüber genug Gewicht hat, braucht er den Beschluss des Souveräns im Rücken, diesen einzelnen Vertrag ansonsten kündigen zu müssen.

Mit Ihrer Unterschrift, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, geben Sie dem Schweizer Volk die Möglichkeit, mit einer kontrollierten und massvollen Zuwanderung wieder zu den modernen und unabhängigen Nationen dieser Welt aufzuschliessen. Dies ist die letzte und einzige Möglichkeit, zu verhindern, dass die Bevölkerung unseres Landes bald die 10-Millionen-Grenze überschreitet und wir etwa in enorme finanzielle Probleme zur Finanzierung der Infrastruktur geraten oder das Bildungsniveau an unseren Schulen aufgrund des Ausländeranteils definitiv nicht mehr halten können.

Mit diesem Extrablatt will die SVP die Bevölkerung unseres Landes direkt, offen und ehrlich informieren. Wir bitten Sie, Verantwortung zu übernehmen, diese Initiative zu unterschreiben und damit unseren Kindern eine Zukunft in Wohlstand zu ermöglichen.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz

Fakt ist:

Die Schweiz hat mit 451.10 Franken pro Haushalt die höchsten Radio- und TV-Gebühren in ganz Europa. Die SRG erhält 90,6 % des gesamten Gebührentopfs. Dis entspricht 1,24 Milliarden Franken.

Nationalrätin Céline Amaudruz,
Vizepräsidentin SVP Schweiz (GE)

Impressum

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 16'985 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch
Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, 123rf.com, KEYSTONE AG, admin.ch, parlament.ch, SVP Schweiz | Karikaturen: Lupo | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet.
Wir danken für Ihr Verständnis.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit!

Direkte Demokratie ist eine Errungenschaft, welche wir alle gemeinsam immer und immer wieder verteidigen müssen. In einer Zeit, wo stündlich, gar im Minutentakt, Meldungen aus aller Welt auf uns einwirken, ist es wichtig, dass wir unsere Werte und das, was die Schweiz stark gemacht hat, nicht aus den Augen verlieren. Dass Bürgerinnen und Bürger auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene abstimmen und zusätzlich die Parlamente und Regierungen wählen, ist keine Selbstverständlichkeit. Sicher aber ist, dass genau dieses System der direkten Demokratie der Schlüsselfaktor der Erfolgsgeschichte Schweiz darstellt.

Sicherheit und Verlässlichkeit

Für ein kleines, unabhängiges Land wie die Schweiz ist die Sicherheit der Menschen von zentraler Bedeutung. Letztes Jahr durfte ich als Nationalratspräsident – neben meiner Hauptaufgabe der Ratsleitung – an unzähligen Veranstaltungen, Begegnungen und verschiedensten Orten mit dabei sein. Die Vielseitigkeit der Menschen und der Regionen in der Schweiz hat mir eines sehr eindrücklich bestätigt: In der Schweiz funktioniert vieles gut. Generationen vor meiner eigenen haben vieles richtig gemacht und uns eine gute Ausgangslage geschaffen, um dieses Land in seiner Einzigartigkeit weiter voranzubringen. Ohne dass ich die Augen verschliesse vor dem, was nicht funktioniert, möchte ich Sie alle motivieren, sich auch Zeit zu nehmen, um darüber nachzudenken, warum die Schweiz funktioniert. Sicherheit, Verlässlichkeit, Dankbarkeit und Bescheidenheit sind ebenso wichtig wie der Erhalt und die Verteidigung der direkten Demokratie.

Direkte Demokratie gefährdet

Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab. Nicht zuletzt dank ihr haben wir wenige Arbeitslose, Wohlstand, tiefe Steuern, exzellente Ausbildungsstätten und innovative Unternehmen. Weil wir der EU diesen Erfolg der direkten Demokratie vor Augen führen, sind wir ihr ein Stachel im Fleisch. Kaum hat die Schweiz ein Zugeständnis an die EU gemacht, folgen weitere Forderungen aus Brüssel. Dort will man eine Schweiz, die der EU beitritt oder mindestens EU-Recht automatisch übernimmt. Teile unserer Regierung und unseres Parlaments unterstützen diese Bestrebungen tatkräftig. Dass damit die direkte Demokratie ausgehebelt wird, nehmen sie in Kauf.

Ein EU-Rahmenvertrag zerstört unsere direkte Demokratie und walzt den Willen der Bevölkerung zu Boden.

> **«Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab.»**

Eigenverantwortung als Fundament

Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger stehen nicht im Rampenlicht; sie alle machen aber im Kollektiv unsere Schweiz aus! In dem sie tagtäglich eine gute Arbeit machen – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern vor- und nachher in der Familie, im Quartier, in Vereinen oder Verbänden, im Freundeskreis oder in der Gemeinde. Sehr oft werden diese Arbeit und dieser Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft ehrenamtlich geleistet. Und ebenso oft trifft man auf dieselben Menschen in verschiedenen Funktionen. Das ist gut so, denn diese Menschen haben verstanden, dass unsere Gesellschaft nicht von einzelnen Personen abhängig ist, sondern vom Gemeinschaftssinn geprägt wird. Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen, die sich uneigennützig und auch unaufgeregt in den Dienst der Gesellschaft und der Sache stellen – in Parteien, in Gemeinderäten, in Sport- und Musikvereinen, in den Kirchen, in verschiedensten Gruppen und Organisationen. Sie alle sind der Motor und Motivator der Gesellschaft. Voraussetzung auch dafür ist und bleibt die direkte Demokratie, eine funktionierende Wirtschaft und die Sicherheit.

> **«Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen …»**

Nationalrat Jürg Stahl,
Nationalratspräsident
2017, Brütten (ZH)

Medienvielfalt stärken – Demokratie beleben

Vor 35 Jahren starteten die ersten Lokalradios, seit bald 30 Jahren ist das Internet populär. Vor 14 Jahren wurde Facebook gegründet. Trotz dieses technologischen Wandels läuft unsere Medienpolitik in die Gegenrichtung: Statt mehr Wettbewerb zu ermöglichen, wird die SRG immer grösser. Dies ist fatal für die Medienvielfalt.

Die SRG ist im Bundeshaus zur «heiligen Kuh» geworden. Dass die 7 Fernseh- und 17 Radio-Sender, welche öffentlich finanziert sind, erhebliche Wettbewerbsverzerrungen provozieren, wird geflissentlich ausgeblendet. Dass die Marktdominanz der SRG etliche private Unternehmen behindert und so Arbeitsplätze verloren gehen, wird ebenso verschwiegen. Diese unehrliche Politik hat die SVP immer kritisiert, und sie hat sich für Medienvielfalt und Fairness eingesetzt.

Diskussionen werden abgeblockt

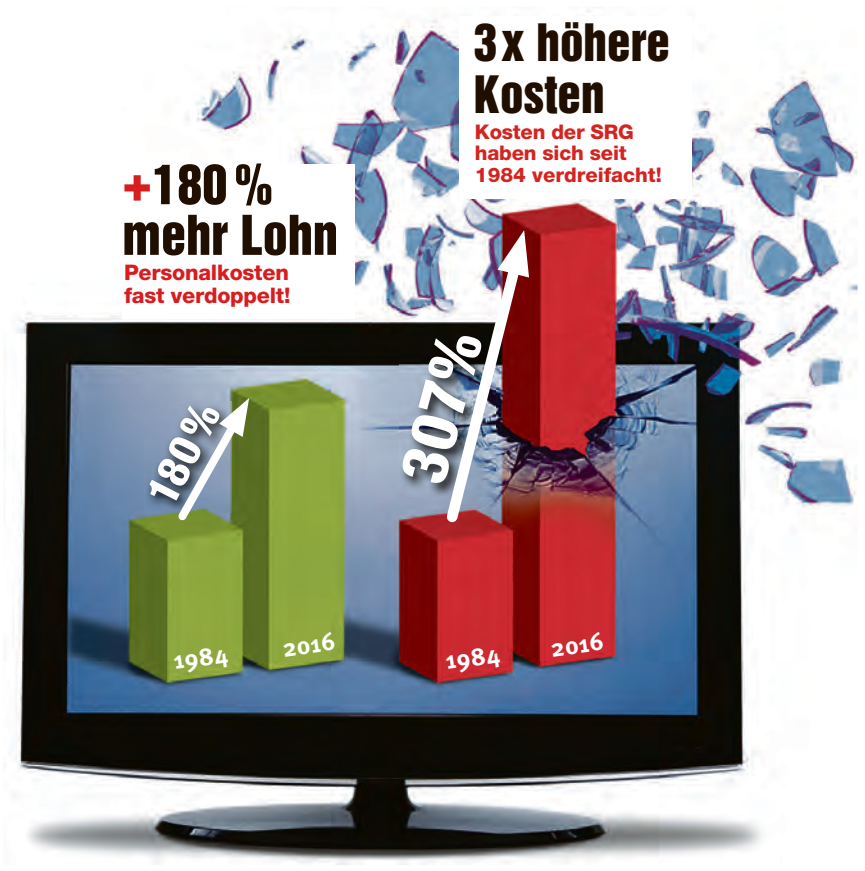
Seit Jahren verweigern Bundesrat und Parlamentsmehrheit die Diskussion über den «Service public». In seinem «Service public»-Bericht forderte der Bundesrat eine noch bessere Unterscheidbarkeit zwischen SRG und privaten Sendern: Die SRG solle sich mehr auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Der Entwurf für eine neue SRG-Konzession tönt ganz anders: Die SRG soll sich neu auch offiziell um den Online-Bereich und die Unterhaltung kümmern. Werbemöglichkeiten sollen ausgebaut werden. Unterschiede zu privaten Sendern gibt es kaum mehr. Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.

Für einen zielgerichteten «Service public»

Die SVP unterstützt eine landesweite Grundversorgung im Medienbereich. Diese muss sich aber nach dem Subsidiaritätsprinzip richten. Das heisst: Programmangebote, welche Private bereitstellen, muss die SRG nicht noch einmal erfinden. Der «Service public» der SRG soll sich auf jene Bereiche konzentrieren, welche private Unternehmen nicht anbieten können oder anbieten wollen. Informationsangebote, schweizerische Kultur sowie Grossanlässe, die private Sender nicht stemmen können, soll die SRG realisieren – nicht aber Formate, welche die Privaten gerne übernehmen würden.

> **«Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.»**

Die No-Billag-Initiative will diese Diskussion klären, indem sie auch die SRG privatisieren will. Ein Schritt der weit geht – aber vielleicht heilsam ist. Nachdem der Bundesrat stur am Status quo festhalten will, stimme ich am 4. März Ja. Lieber die totale Privatisierung als Staatsmedien ohne Ende – für die Demokratie wäre dies fatal.



Während sich das SRG-Budget mehr als verdreifacht hat, bleibt immer weniger im Portemonnaie des Bürgers. Ab 2019 werden auch alle Gewerbebetriebe happige Beiträge für den SRG-Staatssender bezahlen.

Nationalrat Gregor Rutz,
Unternehmer, Zürich

Bald 11-Millionen-Schweiz?

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern. Die vorausgesagten 10 oder 11 Millionen Einwohner wären für unser Land unerträglich.

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz hat heute 8,5 Millionen Einwohner. Vor zweihundert Jahren waren es noch 1,7 Millionen, im Jahr 1900 3,2 Millionen und ums Jahr 2000 7,2 Millionen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen. Der Ausländeranteil beträgt mittlerweile über 25 Prozent. Dies trotz Einbürgerungen von jährlichen durchschnittlich 40 000 Personen. Das Bundesamt für Statistik berechnet für das Jahr 2035 die runde Zahl von 10 Millionen Einwohnern. Die Denkfabrik Avenir Suisse findet es «ratsam, sich mit der Zukunft einer 10- oder gar 11-Millionen-Schweiz zu beschäftigen». Dazu habe ich – offen gestanden – überhaupt keine Lust. Ich werde im Gegenteil dafür kämpfen, dass wir nicht total überrannt werden. Damit wir nicht eines Tages als Fremde im eigenen Land erwachen.

«Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen.»

Es wird eng in der Schweiz

Zum Vergleich: Heute hat die Schweiz annähernd gleich viele Einwohner wie unser östliches Nachbarland, die Republik Österreich. Nur verfügt Österreich über mehr als die doppelte Fläche unseres Landes, und obwohl es auch dort Alpen gibt, ist ein beträchtlich grösserer Teil seiner Fläche bewohnbar. In der Schweiz leben wir schon heute eng aufeinander. Die Natur wird weniger, in der wir uns in der Freizeit erholen können. Zu viele Einwohner bedeuten weniger Lebensqualität. Die anhaltende Massenzuwanderung überfordert uns.

Abwanderung wäre sinnvoll

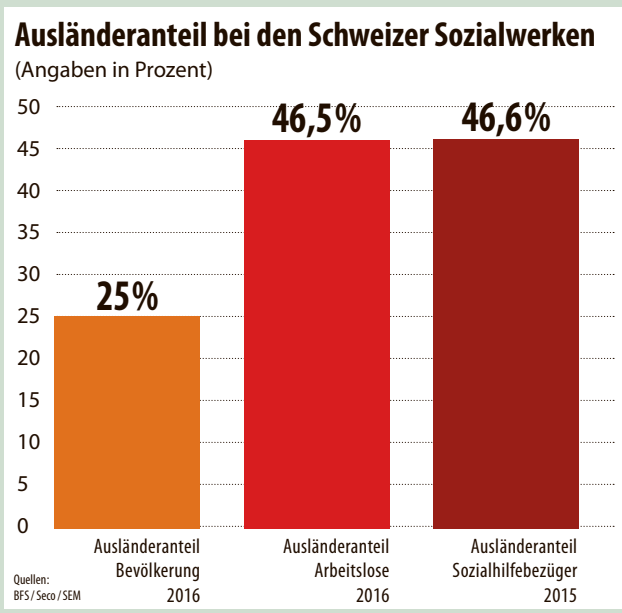
Sinnvoll und vernünftig wäre keine jährliche Zunahme der Einwanderung, sondern auch einmal eine grössere Abwanderung. Dann hätten wir alle wieder mehr Platz. Wenn wir weniger würden, gäbe es weniger Stau auf den Strassen und weniger überfüllte Züge. Wir fänden sogar in den Städten wieder Parkplätze und müssten weniger lang Schlange stehen, sei es vor dem Kino, im Swisscom-Shop oder im Einkaufscenter. Schweizerinnen und Schweizer über 50 und Berufseinsteiger müssten nicht mehr um ihren Arbeitsplatz bangen. Plötzlich hätten wir weniger, dafür besser geförderte Kinder pro Schulkasse.

Jetzt handeln

Wenn wir unser Land mit 10 oder 11 Millionen Einwohnern zubetonieren, zerstören wir unsere Lebensgrundlage. Denn die Schweiz zeichnet sich aus durch eine einmalige Landschaft. Sie wird zu Recht weltweit bewundert und bereist von Touristen, die zu uns kommen – aber auch wieder gehen. Entscheidend für den Wohlstand sind die Produktivität und das Wirtschaftswachstum pro Kopf. Und gerade hier hapert es gewaltig, seit wir mit der Europäischen Union das Abkommen zur Personenfreizügigkeit abgeschlossen haben. Und seit jährlich Zehntausende von Scheinflüchtlingen aus Afrika und dem Osten unser Asylwesen der Lächerlichkeit preisgeben. Es ist höchste Zeit. Nehmen wir unser Land wieder in Besitz!

Nationalrat Thomas de Courten, Unternehmer, Rünenberg (BL)

Noch nie war der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz so hoch wie heute. Mit 25 Prozent hat die Schweiz einen doppelt so hohen Ausländeranteil wie die übrigen Staaten Europas – mit Ausnahme des Mikrostaats Luxemburg. Obwohl die ungebremste Zuwanderung stark negative Folgen hat, wird die Personenfreizügigkeit von der wirtschaftlichen und politischen Elite weiterhin als heilige Kuh betrachtet!



Ein Blick in die Statistiken offenbart die Probleme, die uns die Zuwanderung beschert. Der Zustrom stellt vor allem unser Sozialsystem vor immense Belastungsproben.
Der Anteil der Ausländer in unseren Sozialwerken liegt weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – obwohl doch gemäss den Verfechtern der Personenfreizügigkeit angeblich nur hochqualifizierte Personen mit einer Arbeitsstelle in unser Land kommen.

In Wirklichkeit wird die Personenfreizügigkeit seit ihrer Einführung von vielen unqualifizierten EU-Bürgern ausgenutzt, um sich im Hochlohnland Schweiz einen Job zu suchen. Hinzu kommen aussereuropäische Arbeitsmigranten. Die Sozialsysteme werden vor allem deshalb strapaziert, weil sich die Zugewanderten nicht – wie vor allem die Linke immer träumt - einfach integrieren lassen. Auch die Unsummen von Steuergeldern, die unter dem Titel «Integrationsmassnahmen» investiert werden, ändern daran wenig. In der Regel stehen der Integration nicht vorhandene Sprachkenntnisse, fehlende Qualifikationen oder einfach nur mangelnder Integrationswille entgegen. Das Gros der zugewanderten Ausländer mehrt folglich das Heer der Sozialsystemabhängigen. Fast die Hälfte der Bezüger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeldern sind Ausländer. 8,8 % der Ausländer sind erwerbslos, dagegen nur 3,5 % der Schweizer. Über 25 % der ausländischen AHV-Bezüger beziehen Ergänzungsleistungen. Bei den Schweizer Rentnern sind es gerade einmal 11 %.

Die SVP ist die einzige politische Kraft, die dieser Fehlentwicklung entgegenwirkt, um Wohlstand und Sozialsysteme in der Schweiz auch für künftige Generationen zu sichern.

Personenfreizügigkeit verbieten

Bis vor kurzem waren sich in der Schweizer Demokratie noch alle einig: Der Wille der Mehrheit gilt. Dies änderte der Verfassungsbruch von 2016 abrupt. Damals weigerte sich das Parlament, das demokratisch gefällte Ja zur Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Mit der Begrenzungsinitiative soll deshalb nun das schädliche Prinzip der Personenfreizügigkeit endgültig beerdigt werden.

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 erleben wir Jahr für Jahr eine Nettozuwanderung aus der EU von durchschnittlich 55 000 Personen. Das heisst bildlich, dass jährlich eine Stadt in der Grösse von Biel alleine aus EU-Zuwanderern in unserem Land entsteht. Das kann die Schweiz auf Dauer nicht verkraften. Denn die Folgen der Zuwanderung sind eine Abnahme an Lebensqualität, Dichtestress, Überlastung der Infrastrukturen, Zubetonierung unserer schönen Landschaft, Strapazierung der Sozialwerke und Verdrängung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in die Arbeitslosigkeit.

Eigenständige Steuerung notwendig

Die Begrenzungsinitiative verlangt erstens eine Verfassungsgrundlage, damit die Schweiz die Zuwanderung selber regeln kann, und zweitens will sie das verfehlte Prinzip der Personenfreizügigkeit in der Bundesverfassung verbieten. Internationale Verträge dürfen diesem Grundsatz nicht widersprechen.

Moderne Zuwanderungspolitik

Zusätzlich verlangt unsere Initiative, dass das Abkommen über die Personenfreizügigkeit auf dem Verhandlungsweg ein Jahr nach der Annahme durch Volk und Stände ausser Kraft tritt. Wenn dies nicht gelingt, muss der Bundesrat das Abkommen innert einem weiteren Monat kündigen. Nur mit der Begrenzungsinitiative kann es gelingen, wieder eine moderne Zuwanderungspolitik zu betreiben, die nicht nur im Interesse der EU, sondern auch in unserem Interesse liegt. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Nationalrätin Natalie Rickli, Kommunikationsberaterin, Winterthur (ZH)

Porträt Schuhhändler David Zuberbühler

David Zuberbühler ist ein Ur-Herisauer. Schon früh engagierte er sich politisch, und bereits im Alter von 20 Jahren wurde er in den Einwohnerrat von Herisau gewählt. Seit 2015 sitzt der Ausserrhodener im Nationalrat. Dort setzt er sich ein für tiefere Steuern, eine restriktive Migrationspolitik und gegen den unkontrollierten Ausbau des Sozialstaats. Sozial sein bedeutet für ihn nämlich nicht, möglichst viel Steuergelder auszugeben, sondern Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ideal setzt er auch beruflich in die Praxis um. Der 38-Jährige ist Teilhaber eines grossen Schuhgeschäfts mit mehr als vierzig Mitarbeitern. Seine Freizeit verbringt der zweifache Vater am liebsten mit seiner Familie oder auf dem Motorrad.

Für Nationalrat David Zuberbühler gilt: Qualität und Einsatz für den Standort Schweiz im Geschäft und in der Politik.

Freiheit als Staatszweck

Die Schweizerinnen und Schweizer wissen, dass das höchste Gut unseres Landes die Freiheit ist. Deshalb wehren sie sich entschieden gegen jegliche Aufweichung der einzigartigen direktdemokratischen Volksrechte. Ein institutionelles Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsübernahme und der Unterstellung unter die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) wird vehement abgelehnt. Ein solches Abkommen würde das Ende des bilateralen Weges bedeuten, weil die Schweiz damit zwingend EU-Recht zu übernehmen hätte. Der Souverän, das Schweizer Volk, würde entmachtet, da es nur noch in jenen Bereichen bestimmen könnte, wo dies der EuGH tolerieren würde.

Laut Statistik wird in der Schweiz eine jährliche Wirtschaftsspitzenleistung von fast 80'000 Franken pro Kopf erwirtschaftet. Diese wird auf nur 7,5 Prozent Siedlungsfläche und auf 36 Prozent unseres Landwirtschaftraums erwirtschaftet. Dies ergibt im Jahr 2016 ein Bruttoinlandprodukt von 660 Milliarden Franken. Wie ist das möglich? Gemäss dem „Nation Brands Index 2017" steht die Schweiz beim Image-Vergleich mit fünfzig anderen Ländern auf Rang acht. Getragen wird dieser respektable Ausweis unter anderem auch durch die starke Wirtschafts- und Exportleistung mit ihrer hohen Innovationskraft, von einem unternehmerfreundlichen Wirtschaftsumfeld und einem leistungsorientierten Bildungssystem. Nicht zuletzt wird unser Land auch wegen der wunderbaren Landschaft, seiner einzigartigen Bergwelt, der hervorragenden Persönlichkeiten im öffentlichen und privaten Raum und seinen Bürgern sehr geschätzt.

Zwischen Bewunderung und Neid

Wird dieser Erfolg auch wahrgenommen? Der frühere Schweizer UNO-Botschafter (2010-15) in New York, Paul Seger, stellt folgendes fest: «Wenn ich die Schweizer Medien lese, habe ich den Eindruck, dass wir mit uns selbst viel kritischer umgehen als das Ausland. Ich finde, die Schweiz hat einfach ein extrem ausgeprägtes Harmoniebedürfnis. (...) Ich habe das Glück, ein Land repräsentieren zu dürfen, hinter dem ich voll und ganz stehen kann.» Botschafter Nicolas Bideau, Chef der für Imagepflege beim Bund zuständigen «Präsenz Schweiz» zur Umsetzung der Strategie des Bundesrates für die Landeskommunikation, macht folgende Beobachtung: «Die politische und wirtschaftliche Stabilität sowie eine intakte Umwelt machen aus der Schweiz eine Art vorbildliche Schwiegertochter der westlichen Welt.» Und weiter: «Das Image der Schweiz ist sehr gut – ein wenig wie die Klassenbeste, die man bewundert oder vielleicht gar beneidet, der man aber auch eins auswischt, wenn sich Gelegenheit bietet.» Zum Beispiel im britischen Blatt «The Independent» 2007: «Schweiz: Das Herz der Finsternis in Europa?» Im deutschen «Spiegel» stand fast zeitgleich, die Schweiz sei eine «Demokratie am Rande des Nervenzusammenbruchs». Zwei Jahre später fragte die amerikanische «Los Angeles Times»: «Wer eigentlich braucht die Schweiz?», und 2010 verkündete das US-Nachrichtenmagazin «Newsweek» kurzerhand das «Ende der Schweiz». Im österreichischen «Kurier» las man: «Die Eidgenossen sorgen international für Unmut – die Schweiz eine skurrile Insel, die mit einem grauslichen Bukett von Problemen kämpft und deren Strahlemann-Image verblasst.»

Unabhängigkeit, Föderalismus, Souveränität und Selbstbestimmung sind die Grundpfeiler unseres Landes. Sie machen die Schweiz zu einem einzigartigen Hort für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand.

« Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt. »

Erfolgreiche Schweiz, glückliche Schweizer

Im auffälligsten Kontrast zu solcher Publizität steht der „World Happiness Report 2017" der UNO, der die Schweiz nach Norwegen, Dänemark und Island auf dem vierten Platz der „glücklichsten" Länder dieser Welt sieht. Wie auch immer diese Auswertung zustande gekommen ist, die Eigenheiten und Stärken unseres Landes waren und sind es heute mehr denn je: Neutralität, Sicherheit, Frieden, Qualität, Ordnung, Sauberkeit, Solidarität, Demokratie und Meinungsfreiheit. Besonders bemerkenswert ist zudem für viele Betrachter, dass sogar ein neu erwachtes Heimatbewusstsein und ein neu erwachter Nationalstolz mit dem Land Schweiz in Zusammenhang gebracht wird. Das Land des «Heimwehs» oder des «Heimatscheins» löst – je nach Sichtweise – mit seiner selbstsicheren Präsenz Anerkennung, Bewunderung oder Neid aus. Weltmarkterfolge mit einzigartigen Schweizer Produkten – z.B. mehr als 450 verschiedenen Käsesorten oder begehrten Uhren von einzigartiger Verarbeitung und Präzision oder der erste Platz auf der „Weltrangliste der wettbewerbsfähigsten Länder", die vom World Economic Forum (WEF) publiziert wird – das und noch viel mehr genügen nicht, um das Wesen des Schweizer Erfolges zu verstehen.

Freiheit, Solidarität und Milizprinzip

«Freiheit als Staatszweck» lautet die wohl treffendste und prägnanteste Formel dafür. So umschreibt SVP-Bundesrat Ueli Maurer den schweizerischen Sonderfall von 1291 bis heute. Ferner schreibt der SVP-Bundesrat: «Es bleibt unser Wunsch, unsere Angelegenheiten selber zu regeln. Das bezieht sich auf Einflussnahmen des Auslandes wie auf die Verhältnisse im Inland. Wir misstrauen der Macht. Bei uns half man sich schon immer selbst, und man half sich gegenseitig. Das Milizprinzip trägt und prägt dieses Land bis heute.» Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt.

Nationalrat und Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Baar (ZG)

Bauer und Schwyzer Nationalrat

Marcel Dettling

« Die Schweizer Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit hervorragenden Produkten, die naturnah produziert werden und unsere einmalige Landschaft pflegt. »

Marcel wurde am 1. Februar 1981 in Einsiedeln (SZ) geboren, ist verheiratet mit Priska und hat drei Kinder sowie vier Geschwister. Marcel ist gelernter Landwirt und heute auf seinem eigenen Viehzucht-Betrieb in der Bergzone tätig. Dieser ist auf die Produktion von weissem Kalbfleisch spezialisiert. Im Winter arbeitet Marcel auch im Bergbahn-Betrieb. Seine Freizeit verbringt Marcel am liebsten auf den Ski.

Viehzucht-Betrieb

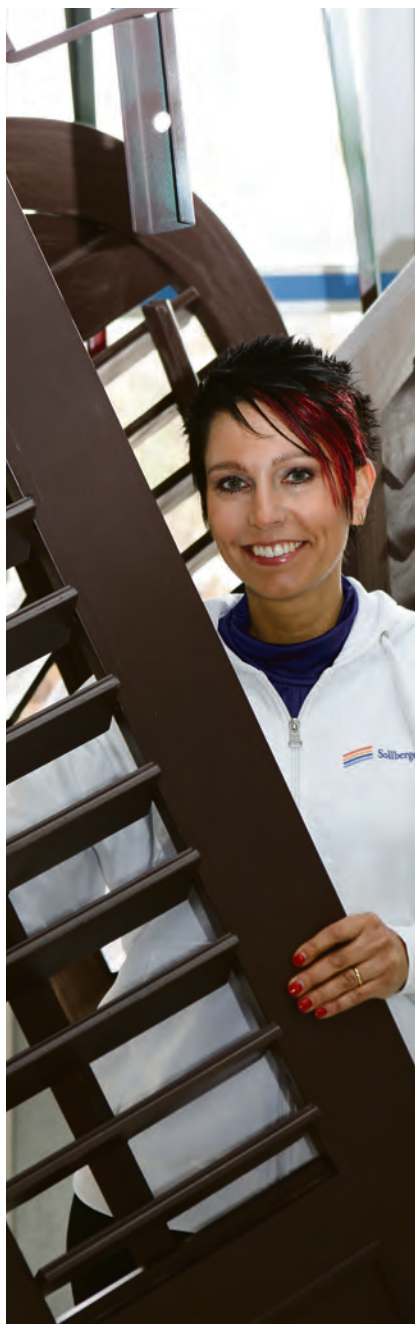
- 27 ha Viehzucht-Betrieb in der Bergzone
- Spezialisiert auf die Produktion von weissem Kalbfleisch
- 14 Milchkühe
- 20 Mastkälber
- 20 Schafe

Porträt Nationalrätin und

Malermeisterin Sandra Sollberger

Sandra Sollberger wurde kürzlich als «die Bunte» im Nationalrat bezeichnet. «Lieber bunt als farblos», kommentierte die sympathische Baselbieterin das Ranking. Das Prädikat bezog sich wohl eher auf ihren Beruf – Sandra Sollberger ist eidg. dipl. Malermeisterin - als auf ihre politische Haltung. Die 44-jährige ist seit 20 Jahren mit Simeon verheiratet und Mutter von Florence (20) und Fabrice (18). Sie ist Geschäftsführerin und Verwaltungsrätin der Sollberger Maler AG in Bubendorf (BL). Das Familienunternehmen besteht seit 60 Jahren und ist mit 12 Angestellten und 2 Lernenden (6 Frauen und 8 Männer) ein typischer KMU-Betrieb.

Seit 2015 ist Sandra Sollberger Nationalrätin. Zuvor war sie vier Jahre Landrätin und acht Jahre Gemeinderätin. Neben der KMU-Politik und dem Engagement für das Maler- und Gipsergewerbe, setzt sich Sandra Sollberger auch in zahlreichen Vereinen ein, so etwa im Natur- und Vogelschutzverein Bubendorf. Ornithologie fasziniert sie; inzwischen wissen ihre Nachbarn auch, warum Sandra Sollberger bisweilen mit dem Feldstecher durch den Garten schleicht.



Die Baselbieter Nationalrätin Sandra Sollberger führt zusammen mit ihrem Ehemann Simeon die Sollberger Maler AG in dritter Generation. Beide sind eidgenössisch diplomierte Malermeister.

Fakt ist:

Die Gemeinde Oberwil-Lieli ist anfangs 2018 die Nr. 1 beim Steuerfuss im Kanton Aargau. Der Steuerfuss lag zu Beginn meiner Amtszeit im Gemeinderat bei 98 % und ist mittlerweile auf 57 % gesunken. Möglich ist dies nur, weil wir, unter anderem, die Sozialkosten im Griff haben. Ich bin der Ansicht, dass jene Leute unterstützt werden sollen, die diese Unterstützung auch wirklich nötig haben, und nicht jene, die einfach zu bequem zum Arbeiten sind. Wer am Morgen aufsteht und arbeiten geht, für den muss es sich lohnen. Anderseits muss der Bezug von Sozialleistungen mit Einschränkungen verbunden sein.

Wir als Gemeinde Oberwil-Lieli belegen ebenfalls den Platz 1 beim «Weltwoche»-Rating in Bezug auf die Lebensqualität im Dorf. Wir haben ein neues Schulhaus gebaut, zwei neue Kindergarten, Alterswohnungen, ein neues Feuerwehrgebäude mit Werkhof, eine Freizeitanlage, wir haben das Gemeindehaus saniert, zwei Dorffeste durchgeführt. Es ist einiges passiert über die letzten zwanzig Jahre als ich im Gemeinderat bzw. seit 2006 Gemeindepräsident war.

Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli (AG)

Personenfreizügigkeit: Ein Triumph der Gewerkschaften

Die Personenfreizügigkeit setzt unseren Arbeitsmarkt unter Druck. Der Staat schränkt Unternehmen und Mitarbeiter immer mehr ein. Der freie Arbeitsmarkt ist nur noch ein Mythos. Gewinner sind die Gewerkschaften. Sie bauen ihre Macht aus und bereichern sich auf Kosten der Arbeitnehmer. Die Begrenzungsinitiative wird uns befreien und unseren Wohlstand sichern.

Auf Druck der EU führte die Schweiz 2002 die Personenfreizügigkeit mit 15 Ländern ein. Weitere 13 Länder folgten. Sie gibt jedem Ausländer das Recht, frei in die Schweiz einzuwandern und Arbeit anzunehmen. Unsere Löhne, unsere Sozialleistungen und unsere Altersvorsorge gehören zu den besten der Welt. Die Schweiz ist attraktiv – für gut ausgebildete und für weniger gut ausgebildete Personen gleichermassen.

Auswirkungen der Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit hat die Schweiz massiv beeinträchtigt. Mit jeder Erweiterung der Personenfreizügigkeit stieg die Ausländerquote weiter an. Verzeichnete die Schweiz 2002 noch 20% Ausländer, sind es heute bereits 25%! Ausländer sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer. 2016 lag die Arbeitslosigkeit bei Ausländern bei 6%, bei Schweizern nur bei 2,4%. Die meisten Ausländer arbeiten im Gastgewerbe, im Bau und im Detailhandel, wo ihr Anteil bis über 40% beträgt. Seit der Personenfreizügigkeit haben in diesen Branchen die Anzahl der beschäftigten Ausländer und die Ausländerquote stark zugenommen. Gleichzeitig haben diese Branchen aber auch die höchsten Arbeitslosenquoten! So liegt im Kanton Tessin die durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit im Gastgewerbe bei rund 18%! Im Kanton Wallis beträgt die Jahresarbeitslosigkeit im Bau sogar rund 25%! Auch in Zürich sind es 8%. Es hätte also genügend Inländer, welche die Arbeiten verrichten könnten. Trotzdem werden immer mehr Ausländer in die Schweiz geholt. Für Arbeitslose zahlen die anderen. Haben Sie gewusst, dass die Gewerkschaften an jedem Arbeitslosen direkt verdienen? Die Gewerkschaften gehören nämlich zu den grössten Arbeitslosenkassen

Die Abschaffung der Personenfreizügigkeit stärkt den Werkplatz Schweiz. EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher ist überzeugt: «Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand.»

und verrechnen ihre Leistungen für Beratung, Arbeitsmarktmassnahmen und das Auszahlen von Arbeitslosengeldern bei jedem Arbeitslosen nach Leistungspunkten.

«Um den bestehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert.»

Das Konstrukt der Gewerkschaften

Weil sich so viele Ausländer um eine Arbeit in der Schweiz bewerben können, geraten Schweizer Löhne unter Druck. Ausländer sind auch mit weniger Lohn und schlechteren Bedingungen zufrieden, sind sie doch im Vergleich zur Heimat immer noch deutlich besser dran. Vor der Personenfreizügigkeit war das anders. Die Arbeitsbewilligung gab es für einen Ausländer aus dem Ausland nur, wenn es keinen Inländer für diese Arbeit gab. Man zahlte dem Ausländer den in der Schweiz üblichen Lohn. Nicht so bei der Personenfreizügigkeit. Um den entstehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Diese greifen massiv in den Arbeitsmarkt ein und zwingen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in standardisierte Gesamtarbeitsverträge. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert. Inzwischen ist bereits jeder zweite Beschäftigte einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt! Einer von vier Arbeitnehmern arbeitet sogar unter einem «allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag». Mindestlöhne, Entschädigungen, Arbeitszeit, Ferien usw. werden so einheitlich geregelt und jeglicher Wettbewerb unterbunden. Und dies, obwohl sich das Schweizer Stimmvolk an der Urne deutlich gegen staatliche Mindestlöhne und einheitliche Ferienregelungen aussprach! Trotz Standardisierung haben die Arbeitsstreitigkeiten in der Schweiz noch zugenommen. Die Gewerkschaften, welche die 50% Arbeitnehmer offiziell vertreten (obwohl nur 15% der Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft sind), benutzen ihre Macht zunehmend als Druckmittel für weitergehende soziale Forderungen. Denn: Jeder Mitarbeiter und jedes Unternehmen im Gesamtarbeitsvertrag leistet pauschal oder als Lohnabzug sogenannte Solidaritätsbeiträge. Diese Millionenbeträge landen in den Kassen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, insgesamt über 20 Millionen Franken in der Gastronomie und beinahe 50 Millionen Franken im Bau!

«Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.»

Personenfreizügigkeit abschaffen

Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht. Der liberale Arbeitsmarkt wurde zerstört und stattdessen das Arbeitsverhältnis zentralisiert und verstaatlicht. Linke Forderungen werden gegen den Willen des Stimmbürgers, und ohne dass das einzelne Unternehmen oder der einzelne Arbeitnehmer etwas zu sagen hätte, für allgemeinverbindlich erklärt. Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften kassieren – die rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Es ist Zeit, dass wir dieses Monster eindämmen: Lasst uns die Personenfreizügigkeit mit der Begrenzungsinitiative abschaffen! Die Macht der Gewerkschaften muss zurückgebunden werden. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz! Wir von der SVP setzen uns dafür ein!

Nationalrätin
Magdalena Martullo-Blocher,
Unternehmerin
EMS-CHEMIE AG (GR)

«Als Unternehmer ist mir die zunehmende Bürokratie ein Dorn im Auge. Neben der Übernahme von internationalen Regulierungen ist die Energiebürokratie zu einem Haupttreiber der Überregulierung geworden. Die verheerende Energiepolitik von Mitte-links ist inzwischen ein handfestes Problem für unseren Wirtschaftsstandort.»

Nationalrat Hansjörg Knecht, Mitinhaber und Geschäftsleiter der Knecht Mühle AG in Leibstadt (AG)

«Wegen der unkontrollierten Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit werden immer mehr Stellen durch Ausländer besetzt. Die Jobsuche gestaltet sich sowohl für junge Schweizer und Secondos als auch für die über 50-Jährigen zunehmend schwierig.»

Nationalrat Mauro Tuena, IT-Unternehmer in Zürich

«Zu wenig Politiker kennen die Bedürfnisse der KMU und des Gewerbes aus der Praxis. Vor den Wahlen wird das Hohelied auf die KMU als Rückgrat der Wirtschaft besungen, bei Abstimmungen ist alles vergessen, neue Vorschriften und Abgaben werden beschlossen. Wir müssen unsere Unternehmen für die Zukunft stärken, deshalb sage ich Stopp!»

Nationalrätin Sylvia Flückiger, Inhaberin und Mitglied der Geschäftsleitung, Flückiger Holz AG in Schöftland (AG)

«Staatliche Regulierung und Bürokratie verlangen einen immer grösseren zeitlichen Aufwand. Diese Zeit möchte ich lieber in meinen Betrieb investieren. Dort wird der volkswirtschaftliche Nutzen erbracht.»

Nationalrat Erich Hess, Lastwagenfahrer und Unternehmer in Bern

«Der SVP wird vorgeworfen, konservativ zu sein. Wenn jedoch Gewerkschaften an uralten, längst überholten Arbeitszeitmodellen festhalten, dann wird das sozial genannt. Eine Modernisierung unserer Arbeitszeitregeln ist jedoch dringend notwendig und sollte nicht länger aufgeschoben werden.»

Nationalrätin Diana Gutjahr, Geschäftsführerin der Ernst Fischer AG in Romanshorn (TG):

Die Sozialkosten-Welle

Wer als Flüchtling anerkannt ist, erhält die gleichen Sozialhilfeleistungen wie ein Inländer, der jahrzehntelang hier gearbeitet und Steuern bezahlt hat.

Nationalrätin Barbara Steinemann, Mitglied der Sozialbehörde Regensdorf (ZH)

Diese Leistungen sind oftmals so hoch, dass es sich ökonomisch gesehen nicht lohnt, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Für einen jungen Eritreer beispielsweise sind das monatlich CHF 986.– Bargeld, zudem hat er Anspruch auf eine Wohnung und die Übernahme aller Sozialversicherungsbeiträge. So stehen ihm standardmässig Leistungen von rund CHF 2600.– zu. Bei einem Haushalt mit vier Personen sind es Sozialleistungen von mindestens CHF 5000.–.

Auch Zahnarzt wird bezahlt

Unter dem Titel «situationsbedingte Leistungen»[1] müssen die Gemeinden jedoch zusätzlich folgende Ausgaben übernehmen: Zahnarzt, Dentalhygiene, Brillen, Krippenkosten, Babyartikel, Schulutensilien, Prämien, Selbstbehalt und Franchisen von Schaden-, Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Möbel, Einrichtungsgegenstände, Umzugskosten, Anwaltskosten, amtliche Papiere, ÖV-Abos, Kosten der Aufenthaltsbewilligung, Reisekosten für Wahrnehmung des Besuchsrechts und Musikstunden und -instrumente. Zusätzlich bezahlt die Allgemeinheit ihm die AHV/IV-Beiträge. Wenn er also mit 18 Jahren in die Schweiz kommt und bis 65 auf Kosten der Sozialhilfe lebt, erhält er eine AHV-Rente, ohne je einen Tag in der Schweiz gearbeitet zu haben.

Asylindustrie boomt

Frühere Flüchtlingsgenerationen – Vietnamesen, Ungarn, Jugoslawen etc. – haben sich durch Eigeninitiative integriert. Heute ist um die fehlenden Qualifikationen eine regelrechte Asylindustrie entstanden: Ein Integrationskurs der Stiftung «Chance» beispielsweise kostet CHF 3385.– pro Monat – damit ein Flüchtling arbeiten lernt. Ein Alphabetisierungskurs schlägt monatlich mit CHF 1375.– zu Buche und dauert meist Jahre. Das Gleiche gilt für das Arbeitstraining, das den Gemeinden für monatliche CHF 1700.– verkauft wird. Selbst für ein Praktikum zahlt der Steuerzahler CHF 1540.– pro Monat – notabene ohne Erfolgsgarantie. Das Asylwesen ist ein Wirtschaftsfaktor geworden – zulasten der Steuerzahler und unseren eigenen Bedürftigen.

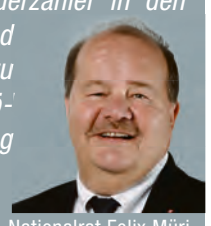
Diese Leistungen erhalten anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz

Bedarf	1 Person	1 Person + 1 Kind	2 Personen + 2 Kinder
Grundbedarf	CHF 986.00	CHF 1'509.00	CHF 2'110.00
Miete inkl. Nebenkosten (Maximalbetrag)	CHF 1'100.00	CHF 1'300.00	CHF 1'600.00
Krankenkasse Erwachsene	CHF 394.00	CHF 394.00	CHF 786.00
Krankenkasse pro Kind CHF 85.–		CHF 85.00	CHF 170.00
AHV/IV-Beiträge	CHF 45.00	CHF 45.00	CHF 45.00
situationsbedingte Leistungen[1] (Durchschnittswert)	CHF 100.00	CHF 200.00	CHF 300.00
Monatliche Bezüge	**CHF 2'625.00**	**CHF 3'533.00**	**CHF 5'011.00**

Sozialhilfe nach den sog. SKOS-Richtlinien. Die Wohnungsmieten verstehen sich inkl. Nebenkosten und richten sich nach den kommunalen Reglementen. Das Beispiel hier entspricht den Wohnungspreisen in der Agglomeration Zürich.

Fakt ist:

Die Kosten der Sozialhilfe steigen massiv. Zwischen 2005 und 2015 haben sie von 1,7 auf 2,6 Milliarden Franken zugenommen. Das entspricht einer Zunahme von über 60 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger stieg innerhalb dieser zehn Jahre jedoch nur um 12 Prozent, d.h. von 237'500 auf 265'600 Personen. Praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezüger sind Ausländer. Viele haben nie gearbeitet und Steuern bezahlt. Bezahlen müssen die massiv ansteigenden Sozialhilfekosten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Gemeinden und Kantonen, was zu einer immer höheren Belastung von ihnen führt.



Nationalrat Felix Müri

Schweiz-EU: Wer seine Handlungsfähigkeit aufgibt, ist verloren

Vor 25 Jahren hat sich das Schweizer Volk durch die Ablehnung des EWR/EU-Vertrages seine Handlungsfähigkeit erhalten. Ein eigenständiger Handlungsspielraum und Selbstbestimmung sind ein hohes Gut. Diese zu sichern, ist darum oberstes Ziel eines souveränen Landes. Doch leider sind diese wichtigen Güter in grosser Gefahr.

Es gilt auch heute wie vor 25 Jahren, einen Betritt in die Europäische Union zu verhindern. Der Bundesrat hatte damals in seiner Botschaft ans Parlament zu Recht klar festgehalten: «Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat.»

Brüssel bestimmt

Heute treibt uns die Classe politique wieder in die gleiche Situation. Soll sich die Schweiz unwiderruflich an die EU anbinden? Soll in Zukunft die EU über die Schweiz gebieten? Die EU will dies mit einem sogenannten institutionellen Rahmenabkommen erreichen. Und die Classe politique gibt nach und will ihr diesen ungeheuerlichen Wunsch erfüllen: Die Schweiz soll automatisch EU-Recht übernehmen, ohne dass Volk und Stände etwas zu sagen hätten. Das reicht von Regeln über die Zuwanderung, den Warenhandel, die Landwirtschaft bis zum Land- und Luftverkehr. Die relevanten Gesetze der Schweiz würden in Zukunft in Brüssel gemacht und nicht mehr vom schweizerischen Parlament und von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Für die Auslegung und die Einhaltung dieser Gesetze soll ein fremdes Gericht, der EU-Gerichtshof, zuständig sein. Würde die Schweiz einem solchen EU-Gesetz nicht Folge leisten, hätte die EU das Recht, Sanktionsmassnahmen zu ergreifen. Die Schweiz würde damit all ihre Vorteile, die sie heute ausserhalb der EU hat, aufgeben. Ein solcher Unterwerfungsvertrag wäre das Ende einer selbstbestimmten und unabhängigen Schweiz.

Staatsstreich durch die Hintertüre

Profitieren von einem solchen Vertrag würden Politiker, Beamte und Funktionäre. Sie alle können dann an internationale Konferenzen reisen, wären die Ansprechpartner der EU und könnten – unbehelligt durch betroffene Bürger – deren Beschlüsse umsetzen. Bürger, Unternehmen, Kantone und Gemeinden hätten die Folgen zu tragen. Bereits heute beginnen Bundesverwaltung und Politiker die Macht an sich zu reissen: Volksentscheide werden nicht mehr vollzogen oder missachtet. Das internationale Recht wird neuerdings auch vom Bundesgericht leichtfertig über das demokratisch beschlossene Schweizer Recht gestellt. Die Folge davon: Kriminelle Ausländer können nicht ausgeschafft werden oder die masslose Zuwanderung kann trotz anderslautenden Volksentscheiden nicht begrenzt werden.

Alt Bundesrat Christoph Blocher: Der ewige Kämpfer für die Selbstbestimmung und Freiheit der Schweiz

Jetzt müssen wir handeln

Was ist zu tun?

1. Die Schweiz darf sich nicht mit einem institutionellen Rahmenabkommen an die EU binden, sondern muss weiterhin weltoffen mit allen Staaten – und auch mit der EU – neutrale Beziehungen pflegen und Handel betreiben. Weil die Classe politique wankt, müssen Bürger an der Urne zum Rechten sehen.

2. Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann. Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP garantiert dies. Also: Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

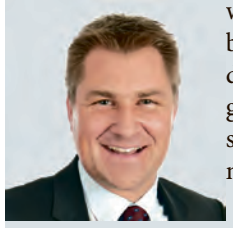
3. Der Wille von Volk und Ständen, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern ist endlich umzusetzen. Die Begrenzungsinitiative stellt dies sicher. Sie garantiert eine massvolle Zuwanderung zum Wohl der Bevölkerung. Deshalb: Begrenzungsinitiative unterzeichnen (vgl. beiliegender Unterschriftenbogen)! Damit unsere Kinder eine Zukunft in Wohlstand und Freiheit haben.

«Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann.»

Kommentar

Ausschaffungen: Leere «Strichliliste»

2010 hat die Stimmbevölkerung mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative beschlossen, dass künftig kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden sollen. Das Parlament hat den Auftrag leider nicht verstanden und in das Umsetzungsgesetz eine «Täterschutzklausel» aufgenommen. Demnach können die Richter nach eigenem Ermessen aus Tätern «Härtefälle» machen und praktisch jederzeit auf deren Ausweisung verzichten. Gerade eine solche richterliche Willkür wollte das Stimmvolk aber verhindern. Trotz der Aufweichung des Volksentscheids wurde uns eine «pfefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative versprochen. Ich meinerseits habe versprochen, eine «Strichliliste» über die Landesverweise zu führen. Deshalb habe ich dem Bundesrat seit Inkrafttreten des Gesetzes im Oktober 2016 in jeder Session die Frage gestellt, wie viele Landesverweise denn nun ausgesprochen worden seien. 2016 waren es gerade einmal 14. Ende November 2017 antwortet Bundesrätin Sommaruga auf meine Frage: «Die Daten für das Jahr 2017 werden vom Bundesamt für Statistik im Juni 2018 statistisch ausgewertet.» Dagegen wurde, dem Vernehmen nach, die «Täterschutzklausel» bereits Dutzende Male angewendet. Wie von der SVP befürchtet, wird wohl aus der Ausnahme eine Regel gemacht. Ein Volksentscheid wurde einmal mehr nicht umgesetzt.



Nationalrat Toni Brunner (SG)

Kommentar

Verfehlte Flüchtlingspolitik

Mit dem Dublin-Abkommen müsste die Schweiz nur noch Asylsuchende ins Verfahren aufnehmen, die mit dem Flugzeug direkt in die Schweiz gekommen sind. Die grosse Mehrheit der Asylsuchenden reist aber über den Landweg in den EU-Raum ein und müsste sich im ersten Dublin-Land wie Italien registrieren, beurteilen und betreuen lassen. Wer das nicht macht, kann gemäss diesem EU-Abkommen von der Schweiz in dieses Land zurückgewiesen werden. Da die Schweiz von EU-Dublin-Staaten umgeben ist, gilt dies praktisch für alle, funktioniert aber häufig nicht. Und trotzdem nimmt Frau Sommaruga zehntausende Asylsuchende in der Schweiz auf. Das Dublinsystem ist das Papier nicht wert und unsere Asylbehörden versagen komplett. Doch, als wäre das nicht genug, hat Justizministerin Sommaruga auch noch damit begonnen, Migranten direkt aus Libyen in die Schweiz einzufliegen. Damit betätigt sich der Bundesrat jetzt offiziell als eine Art Schlepperorganisation, was weitere Völkerwanderungen in Afrika auslösen wird. Diese falsche Asylpolitik, die über Jahrzehnte hinweg in der Schweiz wiederkehrende Milliardenkosten verursacht und unsere Gemeinden ruinieren wird, bekämpft nur die SVP.

Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

Interview mit Nationalrat Jean-François Rime

Verträge mit der EU dürfen kein Klumpenrisiko werden!

Nationalrat und Unternehmer Jean-François Rime warnt vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Er lebt in Bulle, ist verheiratet und hat drei erwachsene Söhne. Seit Mai 2012 ist er Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

Als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes mit 300'000 Unternehmen im Rücken stehen Sie mit Blick auf die Aussenwirtschaftspolitik vor fast historischen Herausforderungen. Was ist zu tun oder zu lassen, um die wirtschaftlichen Stärken zu fördern?

Unsere Stärken im globalen Umfeld sehe ich dank hoher Qualität in der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, weiter in der Standortattraktivität und in der Effizienz und Produktivität. So heben wir uns vom Mittelmass ab. Diese Stärken gilt es zu bewahren und zu fördern. Auf keinen Fall dürfen wir die Verantwortung für unseren wirtschaftlichen Erfolg ans Ausland delegieren. Es wäre verheerend, von dort die Lösung unserer Probleme zu erwarten.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte, um mit dieser Strategie zum Erfolg zu kommen?

Ich nenne zwei Stichworte: Frankenstärke beziehungsweise Euroschwäche und Regulierungskosten. Weil die Schweiz keinen direkten Einfluss auf die EU-Probleme hat, müssen wir den Hebel anderswo ansetzen. In den Unternehmen wurde bereits ausserordentlich viel getan. Die Politik ist hingegen noch im Verzug. Dies wegen der selbst verursachten, viel zu hohen Regulierungskosten. Seit 2010 wissen wir, dass wir uns damit nur behindern und strangulieren. Vermeidbare und überflüssige Regulierungskosten fressen rund zehn Milliarden Franken unseres Bruttoinlandprodukts weg. Seit 2013 liegen Pläne in der Schublade des Bundesrates, um diese hausgemachte Benachteiligung gegenüber der Auslandkonkurrenz abzufedern.

Trifft die Vermutung zu, dass sich der Bundesrat vor allem auf die Beziehungen zur EU zu konzentrieren scheint, oder täuscht dieser Eindruck?

Ganz und gar nicht! Der EU als dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz, und zwar auf Gegenseitigkeit, gilt richtigerweise die Hauptaufmerksamkeit. Dabei müssen wir auch auf die Abhängigkeit von der EU achten, weil wir sonst ein Klumpenrisiko schaffen. Die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Chancen der Schweiz reichen weit über den EU-Raum hinaus. Ich erinnere daran, dass die Schweiz 2013 als erstes Land Europas ein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China unterzeichnen konnte.

Und wie soll sich die Aussenwirtschaftspolitik im Verhältnis zur EU positionieren?

Es gilt vor allem, die Vorteile und die guten Bedingungen der bilateralen Verträge mit der EU zu pflegen und weiter zu entwickeln. Herausgefordert sind jetzt mehr denn je die verhandlungsstarken Kräfte unserer Wirtschaftsdiplomatie. Nicht Überheblichkeit oder Arroganz helfen uns, sondern selbstbewusste Besinnung auf unsere Stärken. So wird man als Verhandlungspartner ernst genommen. Bittsteller, die mit vorauseilendem Gehorsam vorgehen, haben verloren, bevor sie den Sitzungstisch in Brüssel erreichen. Gift für unseren Wirtschaftserfolg sind auch die unsäglichen Swiss-Finish-Regulierungen. Als Musterknaben befolgen wir diese hausgemachten Knebelvorschriften punktgenau, nur um unsern Verhandlungspartnern zu gefallen, aber wir schwächen uns selber damit.

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des von der EU so dringend gewünschten institutionellen Rahmenabkommens mit der Schweiz?

Ich warne vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Das würde unseren globalen Handlungsspielraum zunichte machen und unsere Position dauerhaft schwächen. Denn vielfach ist es richtig und besser, wenn wir anders handeln und uns anders entwickeln als die EU. Wir würden mit einem Rahmenabkommen nach Vorstellungen der EU als bedeutungsloser Kleinstaat sang- und klanglos untergehen, ohne der EU beizutreten. Die bessere Alternative sehe ich in der sorgfältigen Pflege der bilateralen Abkommen, weil uns dieses Vertragssystem Rechtssicherheit garantiert. Die bilateralen Verträge sind Verträge auf Augenhöhe. Kein Partner ist dem anderen unterstellt, kein Partner muss Regulierungen oder die Gerichtsbarkeit des anderen übernehmen. Damit das so bleibt, haben wir unsere Verantwortung selber wahrzunehmen und die direkte Demokratie, die uns Selbstbestimmung sichert zu schützen.

Volkswille? Direkte Demokratie? Abstimmungsentscheide? – Für EU-Brüssel ist der Wählerwille vor allem eines: Störend!

Wussten Sie, dass ...

... die Schweiz einer der wichtigsten Handelspartner der EU ist?
Obwohl die EU auf der ganzen Welt Handel treibt, war die Schweiz auch im Jahr 2016 erneut der drittwichtigste Warenhandelspartner der Europäischen Union. Ganze 7,7% (264 Milliarden Euro) des Gesamtwarenverkehrs der EU fanden im Austausch mit der Schweiz statt. Die Spitzenplätze wurden belegt von China (15,2%) und den USA (17,7%). Damit ist die Schweiz als Warenhandelspartner für die EU wichtiger als Russland (5,5%), die Türkei (4,2%) oder Japan (3,6%).

... die Schweiz mehr Arbeitslose hat als Deutschland?
Gemäss dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) liegt im Jahr 2016 die jahresdurchschnittliche Jugend-Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 8,6% höher als in Deutschland mit 7%. Gleiches gilt für die Erwerbslosenquote im Jahr 2016, die für die Schweiz 5% und für Deutschland 4,1% beträgt.

... das Produktivitätswachstum in der Schweiz seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit negativ ist?
Das Produktivitätswachstum ist in der Schweiz seit 2007 insgesamt sogar negativ. In der Dekade davor verzeichneten wir noch ein jährliches Wachstum von knapp 2 Prozent (BCA Research 2017).

Verena Herzog, Nationalrätin, Frauenfeld

Was will das EU-Rahmenabkommen?

Ende 2012 teilte die EU der Schweiz mit, weitere bilaterale Verhandlungen kämen nur noch in Frage, wenn sich die Schweiz mit einem institutionellen Rahmenabkommen stärker in die EU einbinde. Wer Zugang zum Binnenmarkt haben wolle, müsse bedingungslos heutiges und künftiges EU-Recht akzeptieren und sich dem EU-Gerichtshof unterstellen. Dieser entscheidet im Streitfall abschliessend, was zu Sanktionen (Strafmassnahmen) führen kann. Für die Schweiz hätte ein solches Rahmenabkommen schwerwiegende Auswirkungen:

- Ob ein EU-Gesetz auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betrifft, entscheidet allein die EU. Gegebenenfalls müsste die Schweiz alle EU-Gesetze übernehmen, die auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betreffen. Beim Abschluss der bilateralen Abkommen wurde durch die Schweiz der damalige Stand des EU-Rechts übernommen. Seither wurde das EU-Recht weiterentwickelt. Aus Brüsseler Sicht entsprechen heute manche Abkommen nicht mehr dem neuesten EU-Recht.

- Wenn es zu Konflikten über die Auslegung der bilateralen Verträge kommt, entscheidet abschliessend der EU-Gerichtshof. Die Schweiz müsste ohne Mitsprache bei der Urteilsfindung die Entscheide dieses parteiischen Gerichts anerkennen und vollziehen. Sollte die Schweiz einem Entscheid des EU-Gerichts nicht Folge leisten, könnte die EU Strafmassnahmen verhängen. Die heutigen bilateralen Abkommen nennen keine Gerichte, welche im Streitfall entscheiden. Bei Konflikten werden Differenzen ohne Androhung von Sanktionen auf diplomatischer Ebene ausdiskutiert.

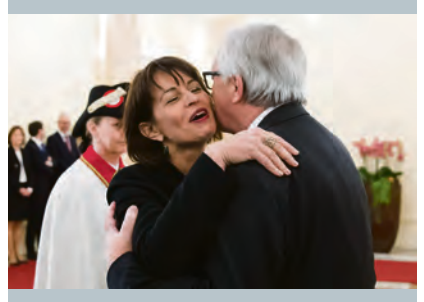
- Statt der bisherigen «Kohäsionsmilliarden» als freiwillige Gegenleistung für den Zugang zum EU-Binnenmarkt hätte die Schweiz in Zukunft der EU jährliche Beiträge abzuliefern.

- Das Abkommen ist kein Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern «auf Augenhöhe», sondern ein verkappter Unterwerfungs- oder Kolonialvertrag. Auch wenn noch nicht alle Details zum Rahmenabkommen bekannt sind, zeigt sich bereits jetzt, dass der Schweiz nur Pflichten auferlegt, aber keine Rechte eingeräumt werden sollen.

Eine solcher «Freundschaftsvertrag» zur Einbindung der Schweiz in die EU ist nicht vereinbar mit der direktdemokratischen Schweizer Staatsform und darum von Volk und Ständen - der obersten Instanz des Landes - mit aller Kraft zu bekämpfen.

Kommentar

Kohäsionsmilliarde wofür?



Letzten November weilte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf Staatsbesuch in Bern. Der Himmel hing voller Geigen. Angeblich. Bundespräsidentin Doris Leuthard war hin und weg. Juncker flötete von «Freundschaft» und «Kaiserwetter». Dafür erntete er Zusagen in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken. Leuthard bekräftigte stolz, dass man das Geldgeschenk «ohne Verknüpfung politischer Interessen» spreche, also ohne Gegenleistung.

Scherbenhaufen
Mittlerweile liegt Leuthards Diplomatie des Geldverteilens in Scherben. Die Geschenke brachten nichts. Katzenjammer folgt auf Kaiserwetter. Junckers Gesäusel entpuppt sich als getarnter Stich in den Rücken der Bundespräsidentin. Brüssel macht nicht Freundschafts-, sondern, wen wunderts, Interessenpolitik: Leuthards Kumpel Juncker will die Schweiz gewaltsam in eine institutionelle Zwangsehe mit seiner EU hebeln, fremde Richter inbegriffen.

Erpressung
Konkret: Die EU verlangt, dass wir künftig automatisch europäisches Recht übernehmen. Im Zweifelsfall soll der Europäische Gerichtshof entscheiden. Weigert sich die Schweiz, droht Brüssel mit Schikanen gegen den Finanzplatz. Immerhin wissen wir jetzt, was Junckers EU unter Freundschaft versteht. Es ist die Freundschaft eines Mafiapaten, der dir freundschaftlich den Arm bricht, wenn du dich seinen Forderungen widersetzt.

Unredlichkeit
Jetzt rächt sich das jahrelange Doppelspiel des Bundesrats und seiner Diplomaten. Denen in Brüssel erzählten sie, man werde die widerspenstige Schweiz, bilateral, Stück für Stück doch noch irgendwie in die EU heran- bzw. hineinführen. Gegenüber den Schweizern sagte man, das Ziel sei die bilaterale Unabhängigkeit. Jetzt hat die EU die Schummelei bemerkt und ist erzürnt. Man kann es fast verstehen.

Wie weiter?
Wie weiter? Der Bundesrat muss gegenüber Brüssel endlich Klartext reden: Die Schweiz will gute Beziehungen zur EU, aber wir wollen keinen Beitritt, keine Einrahmung, keine automatische Rechtsübernahme und keine fremden Richter. Wir wollen auch keine 1,3 Milliarden an Länder verteilen, die dank dem Sponsoring ihre Steuern senken und unsere Firmen abwerben können. Wir wollen unsere Zuwanderung wieder selber steuern!

Keine Zwangsheirat
Die EU wird keine Freude haben, aber das ist nicht so schlimm. Die EU will viel von uns, aber wir wollen nichts, was uns Brüssel geben könnte. Deshalb unser Rat ins Bundeshaus: Tief durchatmen, standhaft bleiben; gute Beziehungen immer, aber bitte keine Zwangsheirat mit der Europäischen Union. Juncker wird dieses Freundschaftsangebot verkraften.

Nationalrat Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor Weltwoche, Küsnacht (ZH)

Gewinnen Sie beim nicht so tierisch ernsten Wettbewerb

Online mitmachen unter: www.svp.ch/wettbewerb

Wie gut kennen Sie die SVP?

1. Welches ist das Logo der SVP Schweiz?

- ○ MA Mond
- ○ SEL Sünneli
- ○ EL Stern

2. Was heisst SVP?

- ○ UO s'il vous plaît
- ○ GI Sixpacks vor pleasure
- ○ BS Schweizerische Volkspartei

3. Für welche Themen setzt sich die SVP vor allem ein?

- ○ TBE Freiheit und Unabhängigkeit
- ○ BAI Umverteilung und staatliche Regulierung
- ○ ITZ EU-Beitritt

4. Welches Jubiläum konnten wir dank der SVP am 6. Dezember 2017 feiern?

- ○ BLA 25 Jahre Meinungsfreiheit
- ○ OPI 25 Jahre 1. August-Feiertag
- ○ STI 25 Jahre EWR-Nein

5. Welches sind die beiden aktuellen Bundesräte der SVP?

- ○ YO Adolf Ogi und Christoph Blocher
- ○ MM Ueli Maurer und Guy Parmelin
- ○ AH Christa Rigozzi und Linda Fäh

6. Welches Ereignis führte zur Entstehung der SVP?

- ○ UNG Gründung der Zürcher Bauernpartei 1917
- ○ LAR Gründung Jodlerklub Seerose 1952
- ○ UPF Schlacht am Morgarten 1315

Und so geht's: Die rot gefärbten Buchstaben hier unten nacheinander eintragen.

Lösungswort:

_ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

1. Preis: Bundeshaus-Führung für vier Personen mit einem Parlamentarier nach Wahl inklusive Mittagessen.

2. Preis: Grosser Bauern-Korb mit regionalen Produkten im Wert von Fr. 300.–.

3. Preis: Brunch-Gutschein vom Stockhorn, Hausberg des Parteipräsidenten Albert Rösti, im Wert von Fr. 200.–.

Vorname: .....

Name: .....

Strasse: .....

PLZ / Ort: .....

E-Mail / Natel: .....

Machen Sie online mit unter www.svp.ch/wettbewerb oder füllen Sie die Adressfelder aus, schneiden den Talon aus und senden Sie diesen in einem Couvert an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail info@svp.ch

Weltfremde Gerichtsurteile

Die Urteile fremder Richter stehen heute über unseren Volksentscheiden. Die politische Elite will das so. Der gesunde Menschenverstand wird damit zum Teil ausgeschaltet. Das zeigen folgende Beispiele:

Richter in Strassburg schützen Versicherungsbetrügerin

Frau Vukota-Bojic erlitt einen Verkehrsunfall und erhielt in der Folge eine volle Invalidenrente. Sie verweigerte jedoch später eine weitere medizinische Untersuchung. Also liess die Unfallversicherung sie durch einen Privatdetektiv überwachen. Dieser beobachtete Frau Vukota-Bojic bei Tätigkeiten wie beispielsweise beim Einkaufen und Autofahren, die gemäss einem Experten auf eine Arbeitsunfähigkeit von lediglich noch 10 Prozent schliessen liessen. Dies führte zu einer Reduktion der Rente, was auch das Schweizerische Bundesgericht guthiess. Doch die Richter in Strassburg sahen in der Überwachung von Frau Vukota-Bojic eine Verletzung der Privatsphäre – obwohl sie zu Unrecht eine massiv zu hohe Rente bezog!

(Urteil Vukota-Bojic gegen die Schweiz, 18.10.2016, Nr. 61838/10)

Nicht demokratische legitimierte Urteile der Richter in Strassburg stehen seit ein paar Jahren über Volksentscheiden der Schweiz. Die Selbstbestimmungs-Initiative will dies wieder ändern.

Richter in Strassburg schützen kriminellen nigerianischen Sozialhilfebezüger

Herr Udeh, ein Nigerianer, war früher einmal mit falscher Identität in die Schweiz eingereist, wurde später wegen Kokainhandels in Deutschland verurteilt und wollte schliesslich wieder in der Schweiz leben. Hier bezog er Sozialhilfe. Er hatte zudem eine Schweizerin geheiratet, mit ihr zwei Kinder gezeugt, sich von ihr dann scheiden lassen und mit einer neuen Freundin ein weiteres Kind gezeugt. Das Schweizerische Bundesgericht verweigerte ihm ein Aufenthaltsrecht, unter anderem auch, weil er beruflich und sozial schlecht integriert war und schlecht Deutsch sprach. Doch die Richter in Strassburg stellten sein Interesse, in der Schweiz zu leben, über das Ziel, kriminelle Ausländer von der Schweiz fernzuhalten, und so durfte Herr Udeh in der Schweiz bleiben!

(Urteil Udeh gegen die Schweiz, 16.4.2013, Nr. 12020/09)

Fakt ist:

Ein zentrales Menschenrecht ist das Stimm- und Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger. Bereits Art. 21 der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte sagt, dass jeder Mensch das Recht hat, an der Leitung öffentlicher Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen. Dies bedeutet auch, sich nicht durch fremde Richter bestimmen zu lassen. In der direkten Demokratie haben die Schweizerinnen und Schweizer am meisten Mitbestimmungsrechte. Das Volk ist der Souverän. Von Iran über Afrika und Venezuela bis in die EU wünschen sich die Bürger zurecht mehr Mitbestimmung. Das Modell der Schweiz wird oft gerühmt. Verspielen wir diese Vorbildrolle nicht durch die Aufgabe unserer Selbstbestimmung!

Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder, Rapperswil-Jona (SG)

Selbstbestimmung stärkt Wirtschaft

Extrablatt im Interview mit Nationalrat und Unternehmer Franz Grüter, Verwaltungsratspräsident der green.ch. Die green.ch AG wurde 1995 gegründet und gehört heute zu den führenden Informatikdienstleistern der Schweiz. Der 54-jährige Grüter ist verheiratet und lebt mit seinen beiden Töchtern sowie einem Sohn in Eich im Kanton Luzern. Er engagiert sich beim FC Luzern und besucht regelmässig die Heimspiele seines Lieblingsvereins. Er entspannt sich am besten in der Natur, zum Beispiel auf einer Biketour oder beim Wandern.

Warum unterstützen Sie als Unternehmer die Selbstbestimmungs-Initiative?

Die Green-Gruppe ist erfolgreich tätig im internationalen Geschäft mit der Beherbergung von Daten und IT-Systemen in der Schweiz. Unternehmen aus der ganzen Welt vertrauen uns ihre Daten an. Wenn ich mit Kunden aus aller Welt spreche und sie frage, weshalb sie hierherkommen, höre ich immer wieder folgende Argumente: Die Schweiz ist ein unabhängiges, stabiles und neutrales Land. Wir sorgen eigenständig dafür, dass wir hier sichere und freiheitliche Verhältnisse haben. Man hat Vertrauen in die Zuverlässigkeit, Stabilität und Unabhängigkeit unseres Landes. Dies sind die Werte, auf denen der Erfolg der Schweiz beruht. Aus tiefer Überzeugung glaube ich deshalb, dass wir die direkte Demokratie und Selbstbestimmung erhalten und stärken müssen.

Der Bundesrat und die Wirtschaftsverbände behaupten, die Initiative schade dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Was sagen Sie?

Die Selbstbestimmungsinitiative schafft Rechtssicherheit. Sie regelt klar, dass die Bundesverfassung die oberste Rechtsquelle der Eidgenossenschaft ist und Volksentscheide respektiert werden müssen. So bleibt unsere Rechtsordnung berechenbar und in der Gesellschaft und Wirtschaft verankert. Die Schweiz ist ein sehr beliebter Wirtschaftsstandort, weil wir dank der direkten Demokratie politisch sehr stabile und damit für Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen bieten können. Diesen Vorteil dürfen wir nicht verspielen. Deshalb braucht es die Initiative. Alle müssen sich darauf verlassen können, dass Bundesrat, Bundesgerichte und Parlament im Sinne unserer Verfassung und damit auch der Bevölkerung entscheiden. Dies war in der jüngsten Vergangenheit erschreckenderweise nicht immer der Fall.

Setzt die Initiative die Planungssicherheit von Schweizer Unternehmen aufs Spiel?

Genau das Gegenteil ist der Fall. Die aktuelle Rechtslage mit einer «dynamischen Rechtsentwicklung» und Regulierungshektik wird für Unternehmen in der Schweiz immer mehr zu einer Black Box. Unternehmen suchen Verlässlichkeit. Rechtssicherheit hat daher als Standortfaktor einen zentralen Stellenwert. Wo die rechtliche Situation unberechenbar wird, leidet das Investitionsklima. Die direkte Demokratie schafft die dringend nötige Rechtssicherheit und Stabilität.

Was sagt Ihre Familie zu der von Ihnen vertretenen Politik?

In meiner Familie muss ich keine Überzeugungsarbeit leisten. Wir sind uns der Erfolgsgeschichte der Schweiz bewusst, welche darauf beruht, dass wir hier selbständig, frei und unabhängig bestimmen können. Gerade die jüngsten Beispiele zeigen, wie Entscheide aus Brüssel immer öfter zentralistische Züge annehmen und deshalb in der breiten Bevölkerung auf Unverständnis stossen. Aus der Schweiz, mit einer jahrhundertealten Tradition der Selbstbestimmung, ist die direkte Demokratie nicht wegzudenken.

An unserem bewährten demokratischen System festhalten

Die direkte Demokratie ist eine der Säulen unseres politischen Systems. Sie ist Ausdruck der Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Doch den Eliten in Politik und Recht ist die direkte Demokratie ein Dorn im Auge.

Alle drei Staatsgewalten sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, internationales Recht über unser eigenes Recht zu stellen. Damit schränken sie die Mitbestimmung der Bürger ein. So stellt das Bundesgericht neuerdings auch das nicht zwingende Völkerrecht über das Schweizer Recht. Noch im Jahr 2010 war klar, dass Verfassungsbestimmungen, die nicht zwingendem Völkerrecht widersprechen, umgesetzt werden müssen. Die neue Ordnung bedeutet zum Beispiel, dass trotz Ausschaffungsinitiative ein verurteilter, rückfallgefährdeter, arbeitsloser deutscher Schläger nicht nach Deutschland ausgeschafft werden kann, weil er dank der Personenfreizügigkeit in der Schweiz leben darf.

Keine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Auch das Parlament beschränkt den Einfluss des Volkes mit dem Argument, dass die Verfassung gegenüber internationalem Recht «sekundär» sei (Nationalrat Kurt Fluri, FDP). So hat es sich geweigert, den Entscheid des Stimmvolkes umzusetzen, dass wir die Zuwanderung wieder selber steuern wollen. Ziel des Parlaments war es, auf keinen Fall die EU zu verstimmen. Gebracht hats, wie wir jetzt wissen, nichts!

Internationalisierung ist Hauptgrund für Überregulierung

Schliesslich richtet sich auch die Verwaltung in erster Linie nach internationalem Recht aus. Unablässig passt sie ihre Vorschriften dem EU-Recht und den Empfehlungen und Länderberichten von internationalen Organisationen an. Die Internationalisierung des Rechts beschert uns neue detaillierte Vorschriften über Lebensmittel, immer neue Beschränkungen im Finanzbereich, menschenrechtlich motivierte Geschlechterquoten in

Nationalrat Hans-Ueli Vogt, Professor für Wirtschaftsrecht, Zürich: «Der Vorrang des internationalen Rechts bringt der Schweiz eine Entmündigung und Beherrschung der Bürgerinnen und Bürger. Damit muss Schluss sein.»

Verwaltungsräten und zahllose andere Beschränkungen unserer Freiheit.

Bewährte Selbstbestimmung

Die Selbstbestimmung der Bürger hat uns Wohlstand und Frieden gebracht. Dagegen bringt uns der Vorrang des internationalen Rechts, diese neue Wunderwaffe zur Entmündigung und Beherrschung der Bürger: Immer mehr Gesetzesvorschriften, eine unkontrollierte Zuwanderung und Kriminelle, die unter dem Titel der Personenfreizügigkeit in der Schweiz verweilen. Kehren wir zum bewährten System der demokratischen Mitbestimmung der Bürger zurück und sagen Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!

Was will die im August 2016 eingereichte Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»?

Die Selbstbestimmungsinitiative möchte die bewährte Ordnung wiederherstellen. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt. Sie sind der Souverän, die oberste rechtsetzende Gewalt im Land. Sie sind der Verfassungsgeber. Die Politiker verweigern dem Verfassungsrecht unter Berufung auf internationales Recht und sog. völkerrechtliche Verträge den Vorrang. Die Selbstbestimmungsinitiative will die bewährte Ordnung, dass die Schweizer Verfassung vor internationalen Verträgen Vorrang hat wiederherstellen. Dies garantiert Rechtssicherheit und Stabilität und ist damit eine wichtige Rahmenbedingung für einen attraktiven und erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

Wir übernehmen Verantwortung

... im Bundeshaus

64 Nationalrätinnen und Nationalräte der SVP

Kanton Aargau

Thomas Burgherr
01.08.1962, eidg. dipl. Zimmermeister, Unternehmer, 3 Kinder, Wiliberg

Sylvia Flückiger-Bäni
01.06.1952, Unternehmerin, 2 Kinder, Schöftland

Ulrich Giezendanner
31.10.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Rothrist

Andreas Glarner
09.10.1962, Unternehmer, 2 Kinder, Oberwil-Lieli

Hansjörg Knecht
24.03.1960, Unternehmer, Leibstadt

Maximilian Reimann
07.05.1942, Dr. iur., Finanzjurist, 2 Kinder, Gipf-Oberfrick

Luzi Stamm
09.09.1952, Rechtsanwalt / Ökonom, 3 Kinder, Baden-Dättwil

Kanton Appenzell Ausserrhoden

David Zuberbühler
20.02.1979, Unternehmer, 2 Kinder, Herisau

Kanton Basel-Stadt

Sebastian Frehner
02.09.1973, Dr. iur., Jurist, Unternehmer, 1 Kind, Basel

Kanton Basel-Landschaft

Thomas de Courten
29.07.1966, Unternehmer, 3 Kinder, Rünenberg

Sandra Sollberger
27.10.1973, eidg. dipl. Malermeisterin, Unternehmerin, 2 Kinder, Bubendorf

Kanton Bern

Andreas Aebi
26.11.1958, eidg. dipl. Landwirt, Unternehmer, 3 Kinder, Alchenstorf

Adrian Amstutz
02.12.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Sigriswil

Manfred Bühler
10.04.1979, Rechtsanwalt, Cortébert

Andrea Geissbühler
03.08.1976, Polizistin, Reitpädagogin, 3 Kinder, Bäriswil

Erich Hess
25.03.1981, Unternehmer, Lastwagenführer, Bern

Kanton Bern

Nadja Pieren
14.02.1980, Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkindererzieherin, Betriebsleiterin, Burgdorf

Albert Rösti
07.08.1967, Dr.-Ing. agr. ETH, Unternehmer, 2 Kinder, Uetendorf

Werner Salzmann
05.11.1962, Dipl.-Ing. agr. FH, Chefexperte Landwirtschaft, 4 Kinder, Mülchi

Erich von Siebenthal
30.12.1958, Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn, 3 Kinder, Gstaad

Kanton Freiburg

Pierre-André Page
19.04.1960, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Châtonnaye

Jean-François Rime
28.06.1950, Unternehmer, 3 Kinder, Bulle

Kanton Genf

Céline Amaudruz
15.03.1979, lic. iur., Vermögensverwalterin, Genf

Yves Nidegger
17.05.1957, Anwalt, 5 Kinder, Genf

Kanton Graubünden

Heinz Brand
06.09.1955, Berater, Jurist, 1 Kind, Klosters

Magdalena Martullo-Blocher
13.08.1969, lic. oec., Unternehmerin, 3 Kinder, Meilen

Kanton Luzern

Yvette Estermann
26.02.1967, Ärztin, 1 Kind, Kriens

Franz Grüter
29.07.1963, Unternehmer, 3 Kinder, Eich

Felix Müri
22.01.1958, Unternehmer, 4 Kinder, Emmenbrücke

Kanton Nidwalden

Peter Keller
22.04.1971, lic. phil. I, Autor/Journalist, Hergiswil

Kanton Schaffhausen

Thomas Hurter
01.11.1963, Linienpilot, 2 Kinder, Schaffhausen

Kanton St. Gallen

Toni Brunner
23.08.1974, Landwirt, Ebnat-Kappel

Roland Rino Büchel
08.10.1965, Sportmanager, Kleinunternehmer, 1 Kind, Oberriet

Barbara Keller-Inhelder
24.08.1968, Geschäftsführerin, 2 Kinder, Rapperswil-Jona

Thomas Müller
01.12.1952, lic. iur., Stadtpräsident, 3 Kinder, Rorschach

Lukas Reimann
18.09.1982, MLaw, Jurist, Wil

Kanton Solothurn

Christian Imark
29.01.1982, Polymechaniker, Area-Sales-Manager, Fehren

Walter Wobmann
21.11.1957, Technischer Kaufmann, Verkaufsleiter, 3 Kinder, Gretzenbach

Kanton Schwyz

Marcel Dettling
01.02.1981, Landwirt, 3 Kinder, Oberiberg

Pirmin Schwander
28.12.1961, Dr. oec. publ., Unternehmer, 2 Kinder, Lachen

Kanton Thurgau

Diana Gutjahr
13.01.1984, Unternehmerin, Betriebsökonomin, Romanshorn

Markus Hausammann
20.09.1964, Meisterlandwirt, 4 Kinder, Langrickenbach

Verena Herzog
07.02.1956, dipl. Kindergärtnerin, Geschäftsfrau, 3 Kinder, Frauenfeld

Kanton Tessin

Marco Chiesa
10.10.1974, lic. rer. pol., Leiter Alterszentrum, 2 Kinder, Lugano (Ruvigliana)

Kanton Uri

Beat Arnold
24.04.1978, akademischer Mentalcoach, 1 Kind,Schattdorf

Kanton Waadt

Michaël Buffat
27.09.1979, Bankleiter, Vuarrens

Alice Glauser-Zufferey
18.10.1954, Landwirtin, 4 Kinder, Champvent

Jean-Pierre Grin
16.03.1947, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Pomy

Jacques Nicolet
24.10.1965, Landwirt, 4 Kinder Lignerolle

Kanton Wallis

Jean-Luc Addor
22.04.1964, Rechtsanwalt, 2 Kinder, Savièse

Franz Ruppen
24.02.1971, Advokat und Notar, Naters

für die Schweiz …

Kanton Zug

Thomas Aeschi
13.01.1979, lic. oec. HSG, Harvard MPA, Unternehmensberater, Baar

Kanton Zürich

Hans Egloff
27.11.1959, Rechtsanwalt, Aesch

Alfred Heer
12.10.1961, Kleinunternehmer, Zürich

Roger Köppel
21.03.1965, Verleger und Chefredaktor «Die Weltwoche», 3 Kinder, Küsnacht

Thomas Matter
23.03.1966, Unternehmer, 4 Kinder, Zürich

Natalie Rickli
19.11.1976, Beraterin Kommunikation, Winterthur

Gregor Rutz
12.10.1972, lic. iur., Unternehmer, Zürich

Jürg Stahl
16.01.1968, eidg. dipl. Drogist, Mitglied der Direktion, 1 Kind, Brütten

Kanton Zürich

Barbara Steinemann
18.06.1976, lic. iur., Juristin, Watt

Mauro Tuena
25.01.1972, Computertechniker, Zürich

Hans-Ueli Vogt
05.12.1969, Professor für Privat- und Wirtschaftsrecht, Zürich

Bruno Walliser
11.04.1966, eidg. dipl. Kaminfegermeister, 2 Kinder, Volketswil

Claudio Zanetti
16.06.1967, lic.iur., Jurist, Kommunikationsberater, Gossau

… im Bundesrat

5 Ständeräte

Kanton Glarus

Werner Hösli
30.08.1961, Leiter Alterszentrum, 1 Kind, Haseln

Kanton Schaffhausen

Hannes Germann
01.07.1956, Betriebsökonom, 2 Kinder, Opfertshofen

Kanton Schwyz

Peter Föhn
11.12.1952, Unternehmer, 4 Kinder, Muotathal

Alex Kuprecht
22.12.1957, Relation-Manager, 2 Kinder, Pfäffikon

Kanton Thurgau

Roland Eberle
07.12.1953, Unternehmer, dipl. Ing. Agr. ETH, 3 Kinder, Weinfelden

2 Bundesräte

Guy Parmelin
09.11.1959, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Bursins (VD)

Ueli Maurer
01.12.1950, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), 6 Kinder, Wernetshausen (ZH)

… in den Kantonsregierungen

23 Regierungsräte der SVP

Kanton Aargau

Alex Hürzeler
01.06.1965, Vorsteher Departement Bildung, Kultur und Sport, Landstatthalter, Oeschgen

Franziska Roth
01.05.1964, Vorsteherin des Departements Gesundheit und Soziales, 1 Kind, Brugg

Kanton Appenzell Ausserrhoden

Köbi Frei
06.03.1959, Vorsteher Finanzdepartement, 2 Kinder, Heiden

Kanton Bern

Christoph Neuhaus
10.05.1966, Vorsteher Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, 1 Kind, Belp

Pierre-Alain Schnegg
13.12.1962, Vorsteher der Gesundheits- und Führsorgedirektion, 4 Kinder, Champoz

Kanton Basel-Landschaft

Thomas Weber
23.11.1961, Vorsteher Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, 3 Kinder, Buus

Kanton Glarus

Marianne Lienhard
17.07.1968, Vorsteherin Departement Volkswirtschaft und Inneres, Elm

Kanton Luzern

Paul Winiker
13.04.1956, Vorsteher Justiz-, Sicherheits- und Sozialdepartement, 2 Kinder, Kriens

Kanton Nidwalden

Ueli Amstad
19.02.1959, Vorsteher Landwirtschafts- und Umweltdirektion, 3 Kinder, Stans

Res Schmid
25.02.1958, Vorsteher Bildungsdirektion, 2 Kinder, Stans

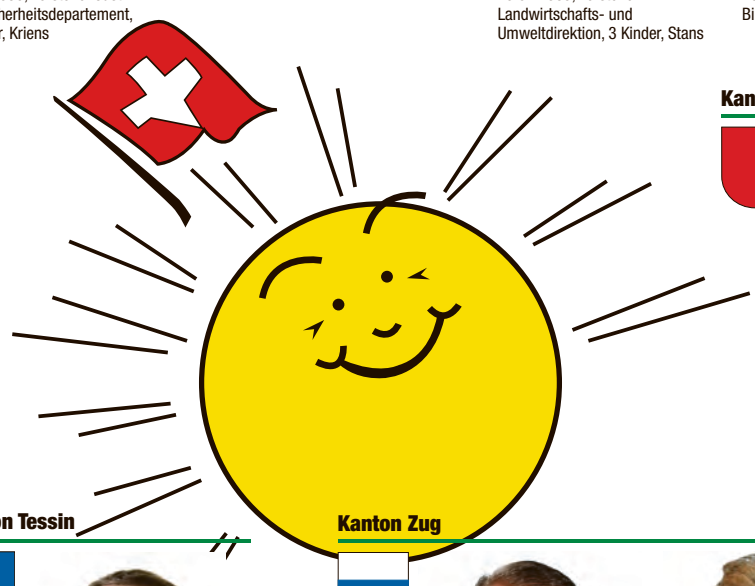
Kanton St. Gallen

Stefan Kölliker
09.09.1970, Vorsteher Bildungsdepartement, 3 Kinder, Bronschhofen

Kanton Schaffhausen

Ernst Landolt
26.07.1953, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, 3 Kinder, Rüdlingen

Cornelia Stamm Hurter (ab 1.4.2018)
08.11.1961, Vorsteherin Finanzdepartement, 2 Kinder, Schaffhausen



Kanton Schwyz

Andreas Barraud
15.11.1957, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, 2 Kinder, Bennau

René Bünter
21.05.1969, Vorsteher Umweltdepartement, 3 Kinder, Lachen

André Rüegsegger
30.06.1976, Vorsteher Sicherheitsdepartement, Brunnen

Kanton Thurgau

Monika Knill
12.03.1972, Vorsteherin Departement für Erziehung und Kultur, 2 Kinder, Alterswilen

Jakob Stark
08.09.1958, Vorsteher Departement für Finanzen und Soziales, 2 Kinder, Buhwil

Kanton Tessin

Norman Gobbi
23.03.1977, Regierungspräsident Justiz- und Sicherheitsdepartement, 2 Kinder, Quinto

Kanton Zug

Stephan Schleiss
26.12.1972, Vorsteher Direktion für Bildung und Kultur, Steinhausen

Heinz Tännler
10.05.1960, Vorsteher Finanzdirektion, 3 Kinder, Zug

Kanton Zürich

Markus Kägi
25.02.1954, Vorsteher Baudirektion, Präsident Regierungsrat, 2 Kinder, Niederglatt

Ernst Stocker
20.04.1955, Vorsteher Finanzdirektion, 2 Kinder, Wädenswil

Beat Arnold – für die Urner gerne im Nationalrat

Seit Dezember 2015 sitzt Beat Arnold für die SVP als einziger Nationalrat des Kantons im Bundesparlament. In der grossen Kammer vertritt er bewusst nicht nur die Interessen seiner Partei, sondern nach Möglichkeiten die der gesamten Bevölkerung von Uri.

Der Urner Nationalrat Beat Arnold ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission. Er setzt sich für eine Armee ein, die Land und Leute auch in Zukunft schützen kann.

Beat Arnold, vor etwas über zwei Jahren haben Sie Ihr Amt als Nationalrat angetreten. Erinnern Sie sich an Ihre ersten Eindrücke?
In grosser Erinnerung ist mir natürlich der Moment, als ich das erste Mal als gewählter Nationalrat vor dem Bundeshaus stand. Das war für mich sehr eindrücklich und mit viel Ehrfurcht verbunden. Die ersten Tage und Wochen haben mir natürlich auch meine beiden Urner Kollegen aus dem Ständerat geholfen.

Wo haben Sie in den ersten zwei Jahren politische Schwerpunkte gesetzt?
Als Vertreter eines kleinen Kantons ist das politische Netzwerk enorm wichtig. Und hier konnte ich doch schon das eine oder andere bewirken. Ich erinnere an den Armeesportstützpunkt, den die drei Urner Parlamentarier bis auf weiteres sichern konnten. Ebenfalls versuche ich bei den Geschäften immer zu berücksichtigen, was das für Auswirkungen auf den Kanton Uri hat.

Wird das gern gesehen innerhalb der SVP?
Natürlich bin ich als SVP-Nationalrat gewählt und die SVP-Ansichten trage ich mit Überzeugung. Aber da wo unser Kanton direkte Auswirkungen erfährt, bin ich dann in erster Linie halt doch Urner.

Und wie stark können Sie sich im Bundeshaus selbst einbringen?
Viel Arbeit geschieht hinter den Kulissen, vor allem in den Kommissionen. Innerhalb der Sicherheitspolitischen Kommission setze ich mich für eine starke und attraktive Armee ein. Die Armee ist es nämlich, die uns Leib und Leben, das Eigentum, aber auch unsere Institutionen sichert. Ein zentrales Thema, welches die Kommission in den nächsten Monaten und Jahren weiter beschäftigen wird, ist die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge inklusive einer auf die Schweiz angepassten Boden-Luft-Verteidigung. Damit der Schweizer Luftraum auch in Zukunft geschützt werden kann, müssen die Mittel der Luftwaffe zwingend erneuert und ergänzt werden.

Wo legen Sie das Augenmerk in den verbleibenden knapp zwei Jahren dieser Legislatur?
Ein grosses Thema ist immer der Bundeshaushalt. In den letzten 30 Jahren haben die Ausgaben um den Faktor 2,5 zugenommen, darauf müssen wir ein Auge haben. Einige Aufgabenbereiche sind massiv gewachsen, andere blieben so gut wie stabil. So verzeichnen die Bereiche Landwirtschaft und Landesverteidigung seit 2001 ein Nullwachstum, wohingegen die Bereiche Bildung, Forschung und Soziale Wohlfahrt Wachstumsraten von mehr als 50 Prozent aufweisen.

Immer wieder kann Beat Arnold sich an Referaten stark machen für die Unabhängigkeit des Landes.

Und gibt es Ideen für persönliche Vorstösse, mit denen Sie ins Rampenlicht gelangen, gerade auch mit Blick auf die Wiederwahl 2019?
Ich werde wohl kaum einen Vorstoss des Rampenlichts wegen machen. Als ehemaliger Regierungsrat liegt es mir am Herzen, die Verwaltung nicht unnötig zu beschäftigen. Ich werde versuchen, mich durch seriöse Arbeit in der Kommission und der Fraktion weiterhin für unser schönes Land, mit unseren christlichen Grundwerten, einzusetzen.

Das Schweizer Brauchtum pflegen Nationalrat Beat Arnold sowie auch der Schwyzer Nationalrat und Bauer Marcel Dettling.

Mario Schmidt — Schattdorf

- Beruf: Geschäftsführer Urilandtechnik AG
- Funktionen:
  Mitglied Gemeinderat Raumplanung & Verkehr
  Vorsitz Wanderwegkommission
- Wohnort: 6467 Schattdorf
- Jahrgang: 1974
- Zivilstand: verheiratet, 2 Kinder
- Hobbies: Jagd, Wandern, Politik

Warum ein Engagement für die Gemeinde?
Für das Dorf, das mir am Herzen liegt, politisch einstehen.

Warum stehe ich für die Politik der SVP ein?
Das Denken der Partei entspricht dem gesunden Menschenverstand.

Flavian Levy — Erstfeld

- Ausbildung und Beruf: Maschinentechniker HF
- Funktion: Gemeinderat
- Jahrgang: 1969
- Zivilstand: verheiratet, drei Kinder
- Hobbies: Familie, Hund und Natur

Warum ein Engagement für die Gemeinde?
Die Arbeit als Gemeinderat finde ich faszinierend, weil ich unsere Gemeinde mitgestalten kann. Die Gemeinde ist der Dreh- und Angelpunkt des täglichen Lebens. Hier sind wir zu Hause und hier gehen unsere Kinder zur Schule. Es ist mir deshalb wichtig, in welche Richtung sich unsere Gemeinde entwickelt.

Warum stehe ich für die Politik der SVP ein?
Die SVP setzt sich unmissverständlich für eine konsequent bürgerliche Politik sowie für eine unabhängige und neutrale Schweiz ein. Sie bekämpft Missstände im Asyl-, Drogen- und Fürsorgebereich. Die SVP setzt sich auch für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Familien ein und wendet sich gegen die zunehmende Verstaatlichung von Familien und Kindern.

Beat Walker — Flüelen

- Ausbildung: Mechaniker / dipl. Ing. FH / NDS Energietechnik / lic. iur. HSG
- Beruf: Projektleiter, Generalsekretär, Leiter Rechtsdienst, Geschäftsleitung
- Funktion: Präsident Ortsplanungskommission
  Bisherige Funktionen: Arbeitsgruppen Umwelt, Energie, Verkehr; Gemeinderat Flüelen; Gemeindepräsident Flüelen; Gemeindeführungsstab; Vorstand Gemeindeverband; Vorsitz Kommission für Siedlungsleitbild Flüelen; Präsident Ortsplanungskommission Flüelen
- Kompetenzen: Technik, Energie, Umwelt, Recht, Raumplanung, Finanzen, Sozial-, Führungs- und Managementkompetenz
- Wohnort: Flüelen
- Jahrgang: 1966
- Zivilstand: verheiratet, zwei Kinder
- Hobbies: Politik und Wirtschaft, Natur (eigener Wald), Skitouren, Langlauf, Golf

Warum ein Engagement für die Gemeinde/Kanton?
Ich möchte der Urner Bevölkerung einen attraktiven Lebens- und Wohnraum Uri sichern; ein Kanton mit funktionierenden gesellschaftlichen Strukturen; ein Kanton, in dem es genug und gute Arbeitsplätze gibt; ein Kanton mit einem gesunden Finanzhaushalt; ein Kanton, in dem es auch in Zukunft lebenswert ist.

Was ist deine Funktion ?
Aktuell präsidiere ich die Ortsplanungskommission, die die Gesamtrevision der Nutzungsplanung Flüelen zum Gegenstand hat. Als Altgemeindepräsident und als Kenner der lokalen Gegebenheiten bin ich für diese Aufgabe prädestiniert. Vorgängig wurde als Grundlage für die Gesamtrevision ein Siedlungsleitbild erarbeitet und verabschiedet wurde. Bisher war die Ortsplanung eine Kernaufgabe der Gemeinden. Mit den neuen Vorgaben des Bundes und der Kantone (Raumplanungsrecht) sind die Gemeinden in der Entwicklung sehr eingeschränkt worden. Da sich Flüelen ohnehin nur noch wenig entwickeln kann, wurde die Aufgabe zu einer echten Herausforderung. Die Gemeindeversammlung Flüelen stimmte dem revidierten Nutzungsplan Flüelen einstimmig zu. Nun ist zu hoffen, dass der Regierungsrat in einer Würdigung aller Interessen dem Flüeler Souverän folgt und diese Planung ebenfalls genehmigt.

Warum stehe ich für die Politik der SVP ein?
Die SVP steht zur Schweizer Qualität und kämpft für konkurrenzfähige Rahmenbedingungen, um Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern. Wirtschaftsfreundliche, zukunftstaugliche, lebensnahe und umsetzbare Lösungen in den relevanten Politikfeldern werden stets angestrebt.
Weiter setzt sich die SVP für eine gesunde Umwelt ein. Sie ist eine unverzichtbare Grundlage für Wohlbefinden und Lebensqualität heute und in Zukunft. Die SVP ist von ihrer Herkunft her stark in der Natur verwurzelt. Der Umwelt ist Sorge zu tragen. Dazu ist eine gesamtheitliche, praxisorientierte und bürgernahe Politik zu verfolgen, die sich nicht von Fundamentalismus und staatlichem Zwang leiten lässt.

Christian Arnold: «Miär schtènd i fir mee Üri!»

Die SVP mischt nun seit 20 Jahren in der Urner Politlandschaft mit. Als Mitinitiant und Co-Präsident darf ich seit Anfang dabei sein. Nach meiner Tätigkeit in der Partei, durfte ich sieben Jahre die SVP im Gemeinderat von Seedorf und bis heute im Landrat vertreten. Als zweiter SVP-Politiker nach Josef Schuler präsidierte ich im 2015/16 den Landrat. Tätigkeiten, welche stets zeitintensiv, fordernd, aber auch sehr spannend waren. Immer mit der Überzeugung für «Mee Üri izschta»!

Seit der Gründung der SVP Uri bin ich überzeugt, dass auch Uri mehr SVP mit einer lokalen und bodenständigen Sachpolitik gut brauchen kann. Weniger Bürokratie und mehr Entscheidungen sind gefragt. Uri als kleiner und übersichtlicher Kanton hat viele Chancen, die es gilt, gezielt zu nutzen.
Die Landratsfraktion hat sich für die nächsten Jahre einige Schwerpunkte gesetzt. Für das Jahr 2018 sind für die SVP Fraktion unter anderem folgende Schwerpunkte wichtig:

Finanzen, Behörden und Verwaltung

Die Finanzlage ist zurzeit gut. Wir wissen jedoch, dass grosse Investitionen wie z.B. das Spital oder die West-Ost-Verbindung anstehen. Investitionen, welche für die Entwicklung unseres Kantons wichtig sind. Wir sehen aber auch dunkle Wolken auf der Seite der Einnahmen. Dabei sind der nationale Finanz- und Lastenausgleich (NFA) und die Reduktion der Wasserzinsen die grössten «Sorgenkinder» für die Urner Staatskasse. Für die SVP Uri ist heute aber klar, dass eine Steuererhöhung zurzeit nicht in Frage kommt. Diese werden wir nötigenfalls auch mit einem Referendum bekämpfen. Wir sind uns aber den zukünftigen Herausforderungen für die Urner Staatsfinanzen bewusst und fordern deshalb Anpassungen in der aktuellen Finanzstrategie. Dazu haben wir im Landrat zwei Vorstösse eingereicht. Dazu erwarten wir vom Regierungsrat konkrete Vorschläge. Gleichzeitig werden wir eine Finanzstrategie 2025+ fordern. Ziel darin muss sein, das Steuersubstrat zu erhalten, zu entwickeln und weiter zu stärken. Die Steuerbelastung soll konkurrenzfähig sein. Die Strategie soll ein Gesamtpaket sein, an dem sich auch die Gemeinden beteiligen müssen. Zuerst muss aber der Kanton substanzielle Massnahmen für sich definieren. Dies beinhaltet unter anderem eine ersthafte Aufgaben- und Stellenüberprüfung. Um längerfristig glaubwürdig zu sein, ist dies die Politik den Urnerinnen und Urnern schuldig. Wir fordern aber kein «Köpfe-Rollen». Dennoch, eine sporadische Aufgabenüberprüfung bei der öffentlichen Hand, wie man sie auch in der Privatwirtschaft seit längerem kennt, ist für uns zwingend. In der Vergangenheit und auch in der Zukunft wird sich einiges verändern. Projekte konnten abgeschlossen werden. Die Digitalisierung hat einiges – nicht nur schlechtes – gebracht. Die Aufgabenüberprüfung ist klar eine strategische Aufgabe der sieben Damen und Herren Regierungsräte. Hier erwartet die SVP-Landratsfraktion, dass der Regierungsrat seine Führungsverantwortung als Gremium wahrnimmt.

Energie, Umwelt und Verkehr

Der Kanton Uri ist bekannt als «Wasserschloss» Europas. Eine Chance, die es gilt, in Zukunft noch vermehrt zu nutzen. Mit dem Schutz- und Nutzungskonzept SNEE haben wir die zukünftige Nutzung der einzelnen Gewässer für Energie festgelegt. In der Vergangenheit hat sich aber gezeigt, dass durch eine Verhinderungs- und Forderungspolitik der Umweltverbände verschiedene Projekte ins Stocken geraten sind. Im Jahr 2018 erwarten wir, dass die Situation insbesondere bei einem der wichtigsten Elemente nämlich dem «Alpbach» geklärt wird. Sollte dies nicht der Fall sein, wird die SVP eine Überarbeitung des SNEE's ins Auge fassen.

In der Umweltpolitik setzt sich die SVP dafür ein, dass die Wege mit der kantonalen und kommunalen Verwaltung kurz bleiben und Entscheidungen rasch und unkompliziert getroffen werden. Ein Abbau der Bürokratie steht hier im Vordergrund.
Die Investitionspolitik vom Regierungsrat beim Strassen-Neubau und -Unterhalt muss näher geprüft werden und wo nötig mit Korrekturen umgesetzt werden. Unsere Fraktion steht klar ein für fliessenden Verkehr und keine Behinderungspolitik (z.B. Kreisel) im Strassenverkehr.

Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus

Das Gewerbe und die Wirtschaft muss von der Bürokratie entlastet werden. Wir stehen ein für eine bürger- und unternehmerfreundliche Verwaltung. Beim Entwicklungsschwerpunkt Eyschachen, Altdorf, ist die Schaffung von Arbeitsplätzen wichtig. Bei der ganzen Entwicklung des neuen Areals dürfen wir jedoch das einheimische Gewerbe, welches seit Jahren im Kanton Steuern zahlt, nicht vergessen. Die Strategie muss realistisch und machbar sein. Dem haushälterischen Umgang von Kulturland soll dabei auch Aufmerksamkeit geschenkt werden.
Wir bekennen uns zu einer eigenständigen und produzierenden Landwirtschaft. Für uns hat die Nutztierhaltung gegenüber den Grossraubtieren klar Priorität. Die längerfristige Sicherung der Urner Alpwirtschaft liegt im Interesse von Tourismus und Landwirtschaft. Die Volksinitiative «zur Regulierung von Grossraubtieren» ist eine Minimalforderung, die umgesetzt werden muss. Die aktuelle Haltung des Urner Regierungsrates zum Thema Grossraubtier ist für unsere Fraktion nicht akzeptabel. Das heutige Konzept ist aufgebaut auf Kosten des Steuerzahlers. Dies muss zwingend geändert werden.

Christian Arnold war von 2006 – 2014 Vizepräsident im Gemeinderat Seedorf und ist seit 2012 im Urner Landrat vertreten.

Christian Arnold ist unter anderem Verwaltungsrat der Firma Emmi AG und Vorstandsmitglied der Schweizer Milchproduzenten (Swissmilk).

Christan Arnold am Tag der Vereidigung als Landratspräsident 2015/2016. Durch seine Bodenständigkeit und Sachpolitik schafft es der Fraktionspräsident der SVP Uri immer wieder weit über die Parteigrenzen hinaus zu überzeugen.

Ganz unter dem Motto «Miär schtènd i fir mee Üri!» werden wir uns auch in den kommenden Jahren an der Gestaltung unseres Kantons beteiligen. Wir setzen uns dabei für einen starken Mittelstand, für leistungsfähiges Gewerbe und für mehr Eigenverantwortung ein, um allen Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Unabhängigkeit, Sicherheit und Freiheit zu ermöglichen.
Herzlichen Dank auch für Ihren Einsatz!

Christian Arnold-Fässler,
Fraktionspräsident SVP Uri

Wohlfahrt – Freiheit – Sicherheit

Pascal Blöchlinger – Seit 2013 Präsident der SVP Uri

Pascal Blöchlinger wurde bei den Wahlen 2012 als Landrat von Altdorf gewählt.

Seit 2013 sind Sie Präsident der SVP in Uri. Wie sind Sie eigentlich zur Politik gekommen?
Seit Kind an war in meiner Familie Politik ein grosses Thema. Mit dem Beitritt zur SVP Uri an deren Gründungsversammlung 1998 wurde der Grundstein für meine politische Tätigkeit gelegt. Bei den Wahlen 2008 trat ich das erste Mal als Altdorfer Landrat an, die Wahl damals habe ich aber verpasst. Mit der Wahl in den Landrat im 2012 wurde mein weiterer Werdegang als Vize-Fraktionspräsident (2012-2016) und 2013 als Präsident geebnet.

Was haben Sie in dieser Zeit bewegt?
In der Schweiz wird der Einfluss von politischen Funktionen oft überschätzt. Dank unserer direkten Demokratie hat schlussendlich immer das Volk das Sagen. Trotzdem kann man natürlich seine Spuren in einer Partei hinterlassen. Innerhalb der SVP Uri fanden in der Zeit vor meinem Antritt als Präsident grössere Umwälzungen statt. In diesen unruhigen Zeiten konnte ich als Person beruhigend und einigend einwirken.

Etwas zu beruhigend?
(lacht) Ich hoffe nicht! Zuviel Harmonie fördert die „Firmenblindheit", macht blind gegenüber den wahren Problemen.

Die da wären?
Wir bleiben an den Problemen dran. Wir haben in der Partei viele gute und aktive Köpfe, die nahe an der Basis die Probleme mitbekommen. Diese werden von der Geschäftsleitung zusammen mit der Fraktion gesammelt und zu Schwerpunkten in den Bereichen Finanzen, Verwaltung, Energie, Verkehr sowie Wirtschaft und Landwirtschaft ausgearbeitet. Mit diesen Schwerpunkten werden wir konsequent im Landrat und in den Gemeinden weiterarbeiten (Siehe Artikel von Christian Arnold).

Zurück zu Ihnen als Präsident, was bereitet Ihnen an diesem Amt besonders Freude?
Als Präsident steht man mit seinen Taten und Gedanken in der Öffentlichkeit, wo man der Kritik und des Lobes ungeschönt ausgesetzt ist. Dieses direkte Feedback schätze ich sehr. Es zeigt einem, dass man mit seinem Tun andere berührt, ob im Positiven oder Negativen.

Sie sind Präsident der SVP Uri und zugleich Präsident der Staatspolitischen Kommission des Urner Landrats, geht das?
Die Staatspolitische Kommission hat die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Regierungsrats und der Kantonsverwaltung. Naturgemäss befasst sie sich kaum mit der Tagespolitik. Entsprechend spielen in dieser Kommission parteipolitische Überlegungen kaum eine Rolle.

Als Mitglied der Ratsleitung werden Sie voraussichtlich 2019 Landratspräsident.
Ja, als Landratspräsident und somit „höchsten Urner" werde ich den Landrat und somit alle Fraktionen gegen aussen repräsentieren und vertreten. Für ein Jahr leitet man die Landratsgeschäfte und besucht repräsentative Anlässe, die Parteipolitik tritt dann für ein Jahr vollkommen in den Hintergrund.

Der Betriebswirtschafter ist Präsident der Staatspolitischen Kommission im Landrat und wird voraussichtlich 2019 Landratspräsident.

Der Präsident der SVP Uri an einem Referat von Roger Köppel in Altdorf anlässlich des drohenden EU-Rahmenvertrags (fremde Richter).

Pascal Blöchlinger zusammen mit Parteikollegen an der Delegiertenversammlung in Lausen

Ralph Wyrsch — Flüelen

- Ausbildung und Beruf: Matura, Polizist mit eidg. Fachausweis, Studium PH Luzern
- Sekundarlehrer, Geschäftsleiter SVP Uri
- Funktion: Schulrat Flüelen, Präsident Didaktisches Zentrum Uri
- Jahrgang: 1986
- Zivilstand: verheiratet mit Donika Wyrsch
- Hobbies und Vereinstätigkeiten: Turnverein, Ruderclub, Feuerwehr, Windsurfing Urnersee, Stab Ruderweltcup Luzern

Warum ein Engagement für die Gemeinde?
Eine Gemeinde funktioniert nicht zuletzt durch das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die richtigen und zukunftsweisenden, demokratischen Entscheide in einem Gremium zu beschliessen, sind Herausforderung und Verantwortung zugleich. Durch meine beruflichen Erfahrungen hatte ich immer mit Menschen aller Gesellschaftsschichten zu tun. In der Schule lehren und lernen Menschen, ich kann mit meiner Funktion als Schulrat aktiv einen Teil für eine zukunftsgerichtete Schulentwicklung beitragen.

Warum stehe ich für die Politik der SVP ein?
Ich stehe zum liberal-konservativen Gedankengut der SVP, global denken aber im Kleinen handeln, ohne sich der Fehlkonstruktion EU anzuschliessen. Die SVP bekämpft die Unterwanderung der direkten Demokratie als tragende Staatssäule durch politische Kreise und durch den Einfluss fremder Richter. Weniger Zentralismus, dafür eine starke Gemeindeautonomie sind Erfolgsgarant für unser Land.

Vinzenz Arnold-Walker — Schattdorf

- Beruf: Maurerpolier, pensioniert
- Funktionen: Präsident SVP Ortspartei Schattdorf; Baukommissionsmitglied Neu- und Umbau Schulanlage Gräwimatt, Schattdorf; ab 1. Januar 2018 Gemeinderat Schattdorf; Landrat SVP; Baukommission; Kant. Schätzungskommission Expropriationsverfahren
- Wohnort: Schattdorf
- Jahrgang: 1954
- Zivilstand: verheiratet, drei erwachsene Kinder, vier Grosskinder
- Hobby: Rennradfahren, Schneeschuhwandern, Familie, Geschichte, Garten

Warum ein Engagement für die Gemeinde?
Als Gemeinderat für die Gemeinde Schattdorf will ich mitgestalten und meine Erfahrungen, wie auch mein Fachwissen und meine Vernetzungen einbringen. Da in den nächsten Jahren sehr viel Bauliches auf die Gemeinde Schattdorf zukommt, um nur Einiges zu nennen: West-Ost-Verbindung, flankierende Massnahmen, Langsamverkehr, Kunstrasenfussballplätze, Waldentwicklung, ist dies eine wichtige und spannende Aufgabe.

Josef Zopp — Schattdorf

- Ausbildung und Beruf: KMU-Finanzexperte mit eidg. Diplom
- Funktion: Mitglied Rechnungsprüfungskommission Schattdorf, zudem Mitglied Kassenkommission und Anlageausschuss Pensionskasse Uri
- Jahrgang: 1982
- Zivilstand: verheiratet
- Hobbies: Familie, Sport, Wein, Jassen, Wandern

Warum ein Engagement für die Gemeinde?
Mit meiner Familie wohne ich in Schattdorf, wo auch unsere Kinder zur Schule gehen. Mit meiner Tätigkeit leiste ich gerne einen Beitrag ans Funktionieren der Gemeinde. Mein berufliches Wissen kann ich in der Rechnungsprüfungskommission am besten einsetzen.

Warum stehe ich für die Politik der SVP ein?
Die SVP unterstützt das Zusammenleben in Familie, Nachbarschaft, Vereinen, Kirchen, Dorf- und Quartiergemeinschaften. Zudem steht die SVP ein für die kleinen und mittelgrossen Unternehmen, dem wichtigen Rückgrat unserer Wirtschaft.

Daniel Gisler — Seedorf

- Ausbildung und Beruf: Eidg. dipl. Bauleiter Tiefbau
- Funktion: Gemeinderat Seedorf (ab 2018)
- Jahrgang: 1984
- Zivilstand: ledig, keine Kinder
- Hobbies: Joggen, Rennrad fahren, Skifahren, Wandern

Warum ein Engagement für die Gemeinde?
Einen Beitrag leisten, damit Seedorf für Familien und unsere Nachkommen attraktiv bleibt.

Warum stehe ich für die Politik der SVP ein?
Weil sich die SVP für eine unabhängige Schweiz und gegen die Ausländerkriminalität einsetzt.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP URI
Die Partei des Mittelstandes

JSVP Uri – Der Kanton Uri: Unser Zuhause, unsere Zukunft.

Wer sind wir?

Mit der Gründung der JSVP Uri im Oktober 2009 konnte die fehlende Lücke in der Urner Jungparteienlandschaft geschlossen werden. Als einzige echte bürgerliche Jungpartei stehen wir konsequent dafür ein, dass die vom Volk beschlossenen Initiativen auch umgesetzt werden, ohne dass diese «verwässern» oder gar den Volkswillen missachten. Wir wollen die Zukunft des Kantons Uri aktiv mitgestalten, denn die Entscheide der heutigen Politik betreffen unser Leben von morgen. Die Junge SVP Uri setzt sich für eine leistungsstarke Wirtschaft, gute und viele Ausbildungsplätze, gute Verkehrsanbindungen, einen starken Mittelstand, tiefe Steuern und wenig Bürokratie ein. Wir sind überzeugt, dass wir mit unserer Politik den Kanton Uri vorwärtsbringen, damit wir auch in Zukunft mit Stolz sagen können: «Der Kanton Uri: mein Zuhause, meine Zukunft.»

Was machen wir?

Seit längerem ist die Junge SVP Uri die aktivste und mit über hundert Vereinsmitgliedern die grösste Jungpartei des Kantons. Einige davon sind sehr aktiv und engagieren sich in Ämtern (Gemeinderat, Schulrat, Bau-, Kinder- und Jugendkommission und Landrat) für eine bürgerliche Politik. Die Jungpartei organisiert regelmässig Standaktionen und Podiumsdiskussionen, politisieren am Stammtisch und bewegen Altersgenossen dazu, ebenfalls für eine bürgerliche Politik zu kämpfen. Für alle Mitglieder bietet die Partei diverse gesellschaftliche Anlässe an, um angeregte politische Diskussionen zu führen. Als Höhepunkt zählt im Sommer jeweils die Nauenfahrt, bei welchen bekannten Persönlichkeiten aus dem Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei vertreten sind. Die Jungpartei versucht die alltäglichen Anliegen der Urner Bevölkerung nicht aus den Augen zu verlieren und sucht aktiv den Kontakt, um zu erfahren, was sie bewegt und beschäftigt. Aus diesen Gründen hat die JSVP Uri seit der Gründung bereits zwei Standesinitiativen (zweite Gotthardröhre und Abschaffung der WAB-Kurse) lanciert. Die aufgenommenen und behandelten Anliegen stiessen auf Gehör und lockten überdurchschnittlich viele Personen an die Urne. Mittlerweile hat das Schweizer Volk (unter anderem auch der Kanton Uri!) die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels respektive den Bau einer zweiten Röhre klar gutgeheissen. Dies zeigt, dass früher oder später das Anliegen und Interesse der Jungen SVP Uri doch noch umgesetzt wird. Diese Zuversicht gilt auch bei der Abschaffung der obligatorischen Neulenkerkurse.

Revision der Führerausweisvorschriften

Mit der Standesinitiative zur Abschaffung der obligatorischen Neulenkerkurse hat die Junge SVP Uri ein Thema aufgegriffen, um für weniger Gebühren und Abgaben zu kämpfen. Die Weiterbildungskurse sollten nämlich nur für diejenigen Neulenker obligatorisch sein, welche in der Probezeit eine schwere Widerhandlung gegen das Strassenverkehrsgesetz begehen. Die Sicherheitseffekte dieser Kurse konnten nicht im erwartbaren Ausmass nachgewiesen werden. Mit nur gerade 136 Stimmen Unterschied (50.73%) lehnte das Urner Stimmvolk am 21. Mai 2017 die Standesinitiative äussert knapp ab. Die Nein-Mehrheiten kamen dabei nur gerade in vier Gemeinden zu Stande. Mit Erstfeld und Seelisberg stützten dieses Resultat auch zwei Gemeinden, in denen die obligatorischen Kurse angeboten werden.

Im April 2017 stellte das Bundesamt für Strassen (ASTRA) die Optimierung der Zweiphasenausbildung vor. In der Zwischenzeit wurde diese Revision in die Vernehmlassung geschickt. Die Weiterbildungskurse sollen mit diesem Vorschlag beibehalten werden bzw. in kostenpflichtige Einzellektionen umgemünzt werden. Im Auftrag der Jungen SVP Uri hat die SVP Schweiz darauf reagiert und fordert in ihrer politischen Stellungnahme die Abschaffung dieser unnötigen und kostspieligen WAB-Kurse.

Die Junge SVP Uri wird die laufende Vernehmlassung weiterhin genaustens unter die Lupe nehmen und im Interesse von etlichen Abschaffungsbefürwortern kritisch hinterfragen. Wir fordern weiterhin, dass die WAB-Kurse nur noch für diejenigen Neulenker obligatorisch sind, welche in der Probezeit eine schwere Verkehrsregelverletzung begangen haben. Der Wiederholungskurs sollen nach einer Verkehrsverletzung als Chance gesehen werden, um Bildungslücken zu schliessen und das Fahrverhalten zu korrigieren.

v.l.n.r.: Tobias Baumann (Vizepräsident), Silvan Baumann und Ralph Wyrsch (Ehemalige), Fabio Affentranger (Präsident), Adrian Imholz, Ivo Schumann. Es fehlen Andi Wipfli und Manuel Jauch

Loris Gisler — Bürglen

Mitglied JSVP Uri

- Jahrgang: 1999
- Mitglied seit: 2015
- Beruf: Motorradmechaniker in Ausbildung
- Hobby: Eishockey, Football, Fussball und Motorradfahren

Was hat dich dazu bewogen, Mitglied bei der Jungen SVP Uri zu werden?
Die SVP erklärt sich anhand klarer Position. Die Schweizerische Volkspartei setzt sich seit Jahren konsequent für eine freie und souveräne Schweiz ein. Einen EU-Beitritt lehnt sie kategorisch ab. Missbräuche im Sozialbereich oder im Asylwesen werden nur von der SVP seit Jahren angeprangert. Als einzige Partei nimmt sie Sorgen ernst und handelt. Zudem will sie mehr Freiheit und weniger Staat. Die Junge SVP Uri führt oft Standaktionen zu diesen Kernthemen durch. Mit der Standesinitiative «Abschaffung der obligatorischen Weiterbildungskurse für Neulenker» hat sie zudem ein Thema aufgegriffen, welche die Jugendlichen betrifft. Diese Gründe führten zu meiner Parteimitgliedschaft.

In den Medien kann man oft lesen, dass sich die Jugend nicht für Politik interessiert. Welcher Meinung bist du und warum?
Die Jugend interessiert sich für politische Themen, hat aber zu wenig Wissen, um sich bei Abstimmungen und Wahlen eine konkrete Meinung zu bilden und an die Urne zu gehen. Sie sind beim Wählen oft überfordert. Im Schulunterricht wird die Wichtigkeit des Stimmrechts zu wenig deutlich thematisiert. In den Berufsschulen muss mehr Zeit den politisch aktuellen Themen gewidmet werden. Leider gibt es immer wieder Volksinitiativen, zu welchen nicht einmal 20 Prozent der unter 30-jährigen abstimmen gehen. Meine Meinung ist: Wer schweigt, ist einverstanden! Und wer sich nicht in der Politik beteiligt, nimmt die Verhältnisse so, wie sie sind. Es gilt: Heute über die Zukunft von morgen entscheiden!

Demnächst kommt die Selbstbestimmungsinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» von der SVP vor das Volk. Was ist deine Meinung dazu?
Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in der Schweiz das letzte Wort. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was als höchstes Recht gilt. Unsere freiheitliche Ordnung, aber auch unser Sozialstaat ist auf dieser Grundlage entstanden. Nun sind jedoch die Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit bedroht, weil Politiker und Professoren dies ändern wollen. Sie möchten die Volksrechte einschränken. Für sie zählen fremdes Recht, fremde Richter und Gericht mehr, als das von Volk und Ständen bestimmte Schweizer Recht. Das Schweizer Volk hat beispielsweise der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und auch der Ausweisung krimineller Ausländer zugestimmt. Die Politiker verweigern die Umsetzung unter Berufung auf internationales Recht (Völkerrecht). Damit die Schweiz in Zukunft weiterhin weltweit für ihre Souveränität, Neutralität, Unabhängigkeit sowie ihren direktdemokratischen Aufbau bekannt bleibt, ist es von enormer Bedeutung, dass diese Abstimmung angenommen wird!

Adrian Dittli — Altdorf

- Beruf: Gemeindeschreiber
- Funktion: Präsident Schulrat
  Vize-Präsident Ortspartei Altdorf
- Wohnort: Altdorf
- Jahrgang: 1970
- Zivilstand: verheiratet, 2 Kinder
- Hobbies: Natur erleben, Strahlen

Warum ein Engagement für die Gemeinde?
Wer nur die Faust im Hosensack macht, kann nichts bewegen. Darum habe ich mich als Schulrat zur Verfügung gestellt. Das heutige Bildungssystem prägt und beeinflusst, wie wir in der Zukunft leben werden. Die Kinder behutsam an die Berufswelt heranzuführen, ist eine grosse und nicht immer leichte Aufgabe. Als Schulrats-Präsident kann ich aktiv mitwirken und die Zukunft mitgestalten.

Warum stehe ich für die Politik der SVP ein?
Bei mir ist der Urner Stier nicht nur im Wappen vorhanden. Unsere Grundrechte gilt es zu verteidigen, so dass wir Schweizer und Schweizerinnen, auch in der Zukunft noch in unserem Land bestimmen können. Wir wissen, was gut für uns Schweizer und Schweizerinnen ist. Von unserem Land haben die in Brüssel oder anderswo keine Ahnung.

Alois Arnold — Unterschächen

- Beruf: pensioniert, früher Gemeindeschreiber
- Funktion: Gemeindeverwalter
- Wohnort: Unterschächen
- Jahrgang: 1949
- Zivilstand: verheiratet, 3 Kinder
- Hobbies: Jassen, Schwingen und Sport allgemein, Lesen, Politik

Warum ein Engagement für die Gemeinde?
Ich war 42 Jahre als Gemeindeschreiber in Unterschächen tätig. Ich finde es eine interessante Herausforderung, durch meine neue Tätigkeit als Gemeindeverwalter auch die Sichtweise als Mitglied des Gemeinderates kennen zu lernen. Zudem erleichtert mir diese Behördentätigkeit den Übergang ins Pensionsalter.

Warum stehe ich für die Politik der SVP ein?
Ich finde, die SVP fühlt den Puls des Volkes hervorragend und betreibt eine liberale und bürgernahe Politik. Besonders setzt sie sich für die Unabhängigkeit der Schweiz ein. Die Abstimmung über den EWR hat mich dazu bewogen, dieser Partei als Mitglied beizutreten.

Renata Graf — Hospental

- Beruf: pensioniert früher Projektleiterin/Direktorin
- Funktion: Gemeinderätin
- Jahrgang: 1955
- Zivilstand: Verheiratet seit 1987
- Pensioniert seit: 31. Mai 2005
- Hobbies: Alles was mit Motoren und/oder Wasser zu tun hat sowie Reisen

Warum ein Engagement für die Gemeinde?
Bereits vor meiner Pensionierung machte ich mir Gedanken wie ich mithelfen kann ‚die Eigenständigkeit der Gemeinde zu bewahren und die Gemeinde in Ihren Aufgaben zu unterstützen. Durch die Arbeit im Gemeinderat kann man die Zukunft der Gemeinde mitgestalten und die Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner, gegen aussen aktiv vertreten. Alles zusammen ergibt eine neue und sehr interessante Herausforderung.

Warum stehe ich für die Politik der SVP ein?
Die SVP ist volksnah und vertritt die Meinung der Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Die Partei ist bereit, sich auch mit kritischen Themen auseinanderzusetzen und diese zu vertreten.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP URI
Die Partei des Mittelstandes

Die SVP im Bundesrat

Guy Parmelin

Geboren am 9. November 1959

Verheiratet

Bürger von Bursins (VD)

Bundesrat seit 2015

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Guy Parmelin wurde im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen 2015 als zweiter SVP-Bundesrat gewählt. Als dienstjüngster Bundesrat erbte er von Ueli Maurer das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).

Schon in seinem ersten Jahr als Bundesrat gewann Guy Parmelin die Volksabstimmung über das neue Nachrichtendienstgesetz, mit dem der erhöhten Terrorbedrohung Rechnung getragen wird. Daneben nahm er den Aufbau der bodengestützten Luftabwehr an die Hand und spurte den Ersatz der F/A-18-Kampfflugzeuge vor. Auch auf die neue Form der Cyber-Bedrohungen will Guy Parmelin das VBS ausrichten. Erste Pflöcke dazu hat er bereits eingeschlagen. Mit Guy Parmelin erhält das Bundesratsgremium zudem eine zusätzliche kritische Stimme zur eingeschlagenen Asyl-, Migrations- und Europapolitik.

Bis zu seiner Wahl in den Bundesrat führte Guy Parmelin zusammen mit seinem Bruder den väterlichen Hof im waadtländischen Bursins. Er ist gelernter Landwirt und Winzer und dafür bekannt, dass er seinen Gästen gerne Waadtländer Saucisson zusammen mit einem guten Wein auftischt. Er verliert auch in ernsten Zeiten nie seinen Humor.

Ueli Maurer wurde am 10. Dezember 2008 in den Bundesrat gewählt und war bis Ende 2015 Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Ihm ist es zu verdanken, dass der ewige Abbau bei der Armee endlich gestoppt wurde und in den nächsten Jahren mehr finanzielle Mittel für die wichtige Landesverteidigung zur Verfügung gestellt werden. Damit setzte Ueli Maurer mit seiner letzten Amtshandlung als Vorsteher des VBS ein starkes Zeichen für eine wehrfähige Schweiz.

Am 1. Januar 2016 übernahm Ueli Maurer das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD). Kaum hatte Maurer das Zepter übernommen, führte er im EFD seinen Kampf für eine starke und unabhängige Schweiz fort. Nachhaltig verteidigt er den Banken- und Finanzplatz Schweiz gegenüber dem Ausland und stärkt damit die Schweizer Wettbewerbsfähigkeit. Davon profitieren wir alle im Land.

Nach einer kaufmännischen Ausbildung leitete er eine landwirtschaftliche Genossenschaft und war dann bis zur Wahl als Bundesrat Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbands. Abseits des beruflichen Umfelds ist Ueli Maurer dafür bekannt, dass er immer noch regelmässig mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, jedoch Süssem nicht abgeneigt ist. Einem Dessert kann Ueli Maurer nur in den seltensten Fällen widerstehen.

Ueli Maurer

Geboren am 1. Dezember 1950

Verheiratet, 6 Kinder (Jahrgänge: 1978 - 1997)

Bürger von Adelboden (BE) und Hinwil (ZH)

Bundesrat seit 2009

Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Bundesrat Guy Parmelin verliert auch als Verteidigungsminister nie den persönlichen Kontakt zu seiner Truppe.

Als kompetenter Finanzminister ist Bundesrat Ueli Maurer vielerorts ein gefragter Redner.

Der Sportminister mit der Schweizer Unihockey-Nati nach deren erstmaligem Sieg gegen Schweden in Kirchberg.

Ueli Maurer ist auch als Regierungsmitglied die Verbundenheit zu seiner Heimat und zu Schweizer Werten ein wichtiges Anliegen.

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und selbstbestimmte Schweiz ein.

☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk / meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.

☐ Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.

☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.

☐ Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** oder **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001 Y.**

☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.

☐ Ich unterstütze die Begrenzungs-Initiative für eine massvolle Zuwanderung. Bitte schicken Sie mir _____ Unterschriftenbogen zu.

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Datum / Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes